



10 JAHRE

**ANT  
WORTEN**   
**AUF SALAFISMUS**  
Bayerns Netzwerk für  
Prävention und Deradikalisierung

**SACHSTANDS-  
BERICHT 2025**

# INHALT

<b>Vorbemerkung</b>	<b>3</b>
<b>Konzept des Netzwerks</b>	<b>6</b>
Zwei-Säulen-Modell	6
Ziele des Netzwerks	6
Das Netzwerk im Überblick	7
IMAG unter Leitung des Innenministeriums	8
Zivilgesellschaftliche Träger in Bayern	8
<b>Prävention</b>	<b>10</b>
Öffentlichkeitsarbeit des Netzwerks	10
Islamismusprävention im Bereich Schule und Bildung	12
Prävention im Bereich des Bayerischen Sozialministeriums	15
Prävention in Kommunen	18
Prävention in der Integrations- und Geflüchtetenarbeit	20
Digitale Prävention	21
Forschung im digitalen Raum	23
Radikalisierungsprävention und Extremismusbekämpfung im Justizvollzug	24
Zentrale Fachstelle für Bewährungshilfe, Gerichtshilfe und Führungsaufsicht Bayern (ZFB)	26
Präventionsangebote des Verfassungsschutzes	26
<b>Deradikalisierung</b>	<b>30</b>
Kompetenzzentrum für Deradikalisierung und Risikoanalyse im Bayerischen Landeskriminalamt	30
Beratungsstelle VPN	33
Deradikalisierung im Justizvollzug	33
Impressum	34

# VORBEMERKUNG

Die seit 2015 in Deutschland und Europa verübten islamistisch motivierten Gewalttaten, Terroranschläge und Anschlagversuche demonstrieren die sicherheitspolitische Bedrohung, die der internationale islamistische Terrorismus für demokratische Staaten darstellt. Der Salafismus – eine der in Deutschland zahlenmäßig stärksten islamistischen Strömungen – ist ein sehr dynamisches und heterogenes Phänomen. Durch die zielgruppengerechte Propaganda kann der Salafismus eine hohe Anziehungskraft auf Jugendliche ausüben. Die salafistische Ideologie ist jedoch demokratiefeindlich sowie gewaltbefürwortend und entfaltet bei den Betroffenen eine desintegrative Wirkung. Zudem liefert der Salafismus den ideologischen Nährboden für die Beteiligung an terroristischen Aktivitäten oder Gruppierungen. Dieser Radikalisierungsprozess über den Kontakt zum salafistischen Milieu in den Jihadismus konnte in Deutschland bei der Mehrzahl der Sympathisantinnen und Sympathisanten islamistisch-terroristischer Netzwerke festgestellt werden.

Neben dem sicherheitspolitisch notwendigen repressiven Bekämpfungsansatz ist ein ganzheitlicher präventiver Ansatz notwendig. Wir müssen Radikalisierung und Terrorismus den Nährboden entziehen, indem wir gezielt „Antworten auf Salafismus“ geben. Umfassende Präventionsarbeit bietet einen vielversprechenden Ansatz, um Radikalisierungsprozesse möglichst zu verhindern und unsere Gesellschaft immun zu machen gegen den Einfluss von Extremisten. Das ist Aufgabe aller demokratischen Kräfte. Staat und Gesellschaft sind gemeinsam gefordert, die Entstehung und Ausbreitung von Extremismus zu verhindern. Dies schließt die Sicherheitsbehörden ebenso mit ein wie Bereiche der Bildungsarbeit, Maßnahmen aus dem Bereich der Integrations- und Sozialpolitik sowie der Kinder- und Jugendhilfe oder den Justiz- und Maßregelvollzug. Extremistische Ideologien wie der Salafismus dürfen keinen Platz in unserer offenen und pluralistischen Gesellschaft haben.

## **10 Jahre Bayerisches Netzwerk für Prävention und Deradikalisierung gegen Salafismus**

Bayern arbeitet seit Sommer 2015 verstärkt ressortübergreifend in einem Netzwerk gegen Salafismus zusammen, das die Bereiche Prävention und Deradikalisierung – mittlerweile für den gesamten Bereich des Islamismus – systematisch abdeckt. An diesem umfassenden Ansatz sind das Innenministerium, das Justizministerium, das Kultusministerium und das Sozialministerium beteiligt. Darüber hinaus sind auch zivilgesellschaftliche Träger Partner des Netzwerks. Koordiniert wird das Netzwerk unter Federführung des Innenministeriums über die Interministerielle Arbeitsgruppe (IMAG) Islamismus, die in den letzten zehn Jahren insgesamt 23 Mal mit unterschiedlichen Themenschwerpunkten tagte. Das Netzwerk ist mittlerweile auf verschiedenen Ebenen und über zahlreiche Gremien bundesweit und teilweise international vernetzt.

Seit seiner Gründung hat sich das Netzwerk stetig weiterentwickelt und neue Maßnahmen ressortübergreifend abgestimmt. Dabei wurde auch den Veränderungen sowohl innerhalb der islamistischen Szene als auch in der Präventionslandschaft Rechnung getragen. Anfangs standen vor allem die Vernetzung und gegenseitige Abstimmung der beteiligten Akteure sowie die Sensibilisierung von Fachkräften im Vordergrund. Heute gilt es, zielgruppenspezifische Maßnahmen mit jeweils aktuellen thematischen Schwerpunkten möglichst flächendeckend in Bayern anzubieten und zu verstetigen sowie bedarfsgerecht auf neue Entwicklungen zu reagieren. So lag der Fokus in den letzten Jahren u. a. auf der Bereitstellung von digitalen und jugendaffinen Angeboten im Bereich der Islamismusprävention, die auch künftig weiter ausgebaut werden sollen. Mit Themen wie Antisemitismus im Islamismus, Online-Radikalisierung oder Radikalisierung in Verbindung mit psychischen Auffälligkeiten haben sich außerdem neue Schwerpunkte in der Präventions- und Deradikalisierungsarbeit des Netzwerks entwickelt.

Eine große Herausforderung der Präventionsarbeit der vergangenen zehn Jahre war die beständige Anpassung an aktuelle Ereignisse wie z. B. der Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023. Die derzeitigen sicherheitspolitischen Entwicklungen bewirken eine steigende Nachfrage zu spezifischen Themen, der bayernweit möglichst flächendeckend Rechnung getragen werden sollte.

Das Netzwerk hat seit seiner Gründung ca. 91.400 Fachkräfte (vor allem Multiplikatorinnen und Multiplikatoren), Jugendliche, Angehörige und Betroffene im Rahmen von Vorträgen, Veranstaltungen, Fortbildungen, Workshops und Beratungsleistungen erreicht (Stand: 31.12.2024). Bayernweit wurden gemeinsam Präventionsmaßnahmen gegen Islamismus für unterschiedliche Zielgruppen wie z. B. Polizei, Lehrkräfte, Ausbildungsträger, Personal im Justizvollzug, in der Bewährungshilfe und in Flüchtlingsunterkünften, Mütter und Väter, für Jugendliche mit Migrations- und Fluchthintergrund, Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe, der Integration oder auch für psychosozial und therapeutisch Tätige umgesetzt. Zukünftig soll darüber hinaus ein weiteres Augenmerk insbesondere auf Zielgruppen aus dem Bereich der beruflichen Bildung und Ausbildung gelegt werden, ebenso auf Fachkräfte aus dem Bereich der Ganztags- und Kinderbetreuung. Im Hinblick auf schwere Gewalttaten, die in Zusammenhang mit psychischen Erkrankungen stehen, gilt es künftig therapeutisch und psychologisch beratende Fachkräfte weiter intensiv zu schulen.

Mit Unterstützung nicht-staatlicher Stellen wurde die Präventionsarbeit gegen Radikalisierung maßgeblich vorangetrieben. Ein wichtiger Partner war von Beginn an die Fachstelle zur Prävention religiös begründeter Radikalisierung – ufuq.de. Diese bietet beispielsweise Fortbildungen und Workshops mit sog. Teamerinnen und Teamern zu den Themen Islam und Islamismus an. Weitere wichtige Projektpartner sind MIND prevention, kommunale Präventionsnetzwerke und die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus – RIAS Bayern.

Die Arbeit der vergangenen zehn Jahre hat immer wieder gezeigt: Radikalisierung passiert vor Ort. Als wichtige Säule hat sich daher die Prävention in den Kommunen etabliert. Das Sozialministerium fördert kommunale Präventionsnetzwerke in Würzburg, Nürnberg und in der Oberpfalz. Mithilfe von kommunalen präventiven Netzwerken können Gesamtkonzepte für die spezifische Situation vor Ort (weiter-)entwickelt werden. In den kommunalen Präventionsnetzwerken werden alle Akteure eingebunden und vernetzt. Polizei, Jugend- und Sozialarbeit sind in engem Austausch und bilden damit vor Ort eine wichtige Schnittstelle zwischen Prävention und Sicherheit. Die kommunalen Netzwerke sind zur Erfolgsgeschichte geworden. Im Rahmen der finanziellen Mittel ist künftig ein weiterer Ausbau geplant.

Vor dem Hintergrund, dass Internetforen, soziale Netzwerke und Messenger-Dienste in den letzten Jahren sehr stark als Verbreitungswege für extremistische Inhalte genutzt werden, war und ist die Vermittlung von Medienkompetenz und die Stärkung des kritischen Denkens weiterhin zentraler Pfeiler der Präventionsarbeit. Im Hinblick auf die ungebrochen starke digitale Verbreitung von Fake News und Verschwörungstheorien, die zu einer Erosion des Vertrauens in Medien, Institutionen und Politik führen und die öffentliche Meinungsbildung massiv beeinflussen, bleibt die Arbeit gegen Verschwörungserzählungen weiterhin wichtig.

Unter [www.antworten-auf-salafismus.de](http://www.antworten-auf-salafismus.de) bietet das Netzwerk zudem seit 2016 allen Interessierten und Betroffenen umfassende Informationen zum Thema Salafismus sowie eine breite Palette von Beratungs-, Unterstützungs- und Förderangeboten.

Im Bereich der Deradikalisierung haben sich die Dynamiken im Phänomenbereich Islamismus und die Reaktionen auf diese Entwicklungen als eine der prägenden Merkmale der letzten zehn Jahre herausgestellt. So war und ist die Koordinierung von Fällen von Rückkehrerinnen und Rückkehrern aus Krisengebieten wie Syrien/Irak ein herausforderndes Tätigkeitsfeld, das ein hohes Maß an Abstimmung mit den beteiligten Akteuren erfordert.

Ein leistungsstarkes und tragfähiges Netzwerk, in dem eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen allen beteiligten Akteuren gewährleistet ist, bildet die Voraussetzung für eine gelingende Fallarbeit. Dazu gehört auch die Zusammenarbeit des Kompetenzzentrums für Deradikalisierung und Risikoanalyse (KomZ) beim Bayerischen Landeskriminalamt als zentrale Koordinierungsstelle mit dem zivilgesellschaftlichen Vertragspartner Violence Prevention Network gGmbH (VPN).

Ein weiteres beispielhaftes Themenfeld, dessen Dynamiken das Radikalisierungsgeschehen im Phänomenbereich Islamismus maßgeblich beeinflussen, ist Online-Radikalisierung – insbesondere vor dem Hintergrund einschneidender Ereignisse wie dem Überfall der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023. Gerade für Kinder und Jugendliche kann der Umgang mit problematischen extremistischen Inhalten in sozialen Netzwerken und Medien überfordernd sein. Um diesen Entwicklungen angemessen begegnen zu können, sind neben einer ständigen und zukunftsorientierten Fortentwicklung der eigenen Ansätze in der konkreten Fallarbeit insbesondere eine kontinuierliche technische Weiterentwicklung unter verschiedenen Gesichtspunkten (z. B. KI) erforderlich. Aber auch die Betreiber von Plattformen, sog. Intermediäre, müssen gemäß den Medienstaatsverträgen angehalten werden, ihre Algorithmen so zu gestalten, dass Meinungsvielfalt gewährleistet und Diskriminierung vermieden werden.

# KONZEPT DES NETZWERKS

Das Bayerische Netzwerk für Prävention und Deradikalisierung gegen Salafismus verbindet bestehende Präventionsmaßnahmen in den verschiedenen Ressorts miteinander, stimmt sie aufeinander ab und baut sie aus.

## Zwei-Säulen-Modell

Das bayerische Beratungsangebot gegen Salafismus/Islamismus besteht aus zwei Säulen: Prävention und Deradikalisierung.

## Ziele des Netzwerks

- Aufklärung und Sensibilisierung
- Qualifizierung von Fachkräften
- Identifizierung potenzieller Radikalisierungs-sachverhalte
- Flächendeckende Präventions- und Deradikalisierungsangebote
- Zusammenarbeit von Staat und Zivilgesellschaft
- Vernetzung verschiedenster Akteure vor Ort

### Prävention

- Prävention setzt an, bevor eine Radikalisierung erkennbar ist.
- Sie richtet sich an alle gesellschaftlichen Gruppen.
- Hier greifen Maßnahmen der allgemeinen und spezifischen Prävention.

### Deradikalisierung

- Sie erfolgt anlass- und personenbezogen im Falle eines Radikalisierungsprozesses bzw. einer bereits erfolgten Radikalisierung.
- Im Mittelpunkt stehen hier die Beratung von Angehörigen, Beratung und Begleitung von Betroffenen im frühen Stadium des Prozesses sowie Ausstiegshilfen für bereits radikalisierte Personen.
- Bei Verdacht auf Radikalisierung findet man hier Beratung und Hilfe.

### Prävention

Präventionsmaßnahmen setzen bereits ohne einen konkreten Radikalisierungsverdacht an.

#### Allgemeine Prävention

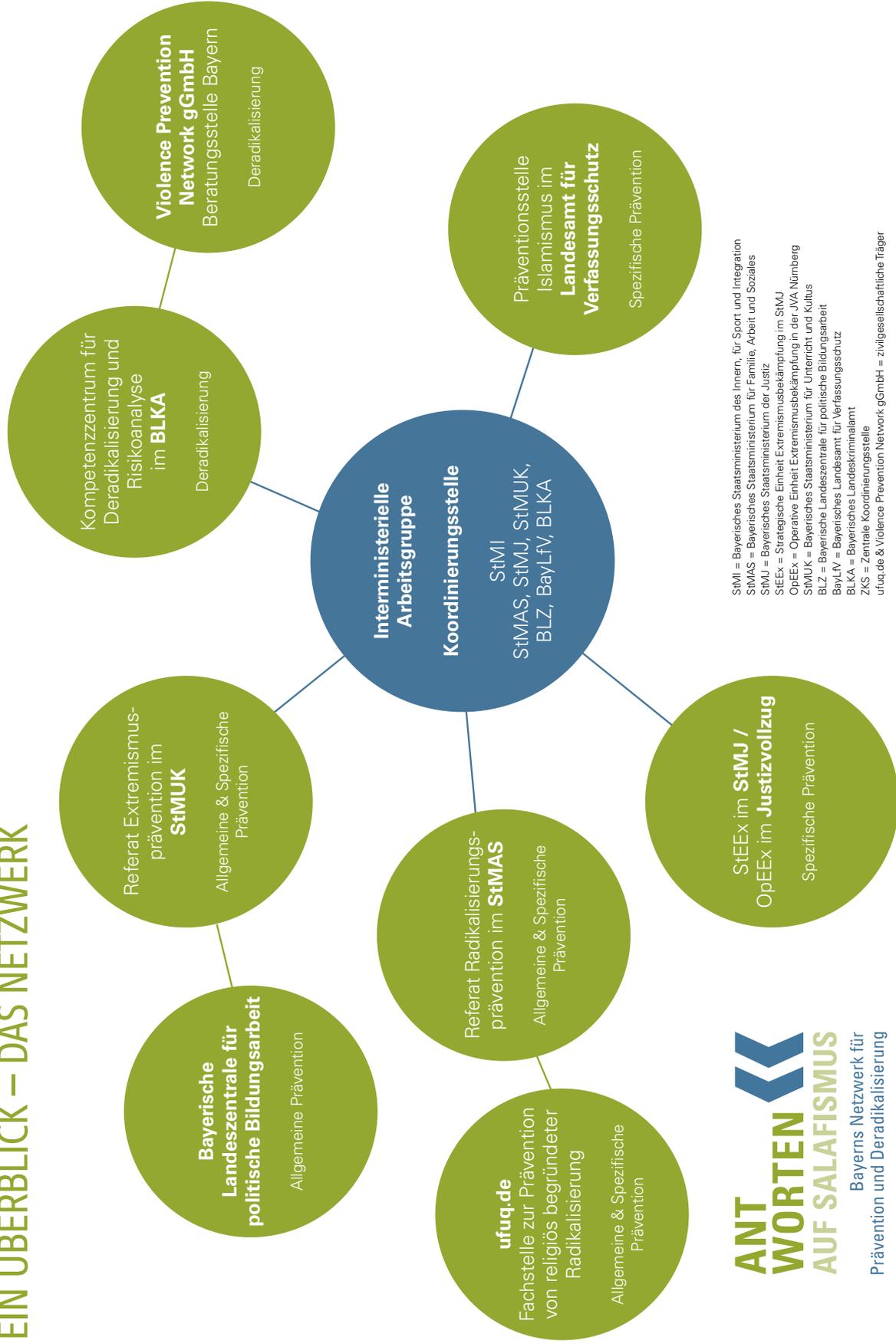
Toleranz und Demokratiefähigkeit werden möglichst flächendeckend gestärkt. Gegenseitige Werte wie Akzeptanz und Respekt anderer Meinungen werden vermittelt (Werteeziehung). Diese Maßnahmen sind nicht phänomenspezifisch, wirken aber präventiv.

#### Spezifische Prävention

Relevante Berufsgruppen werden fachlich geschult, um tatsächliche Radikalisierungsprozesse möglichst früh zu erkennen und entsprechend handeln zu können. Dazu zählen: Lehrkräfte, Ausbildungsträger, soziale Akteure der Kinder- und Jugendhilfe, Personal in Flüchtlingseinrichtungen oder bei der Justiz und Polizei. Diese Qualifizierung erfolgt im Rahmen von Beratungsgesprächen, Vorträgen und Schulungen. Zielgruppenspezifische Projekte dienen der Sensibilisierung und Kompetenzstärkung.

## Das Netzwerk im Überblick

# EIN ÜBERBLICK – DAS NETZWERK



StMI = Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration  
 StMAS = Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales  
 StMJ = Bayerisches Staatsministerium der Justiz  
 StEEEx = Strategische Einheit Extremismusbekämpfung im StMUK  
 OpEEEx = Operative Einheit Extremismusbekämpfung in der JVA Nürnberg  
 StMUK = Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus  
 BLZ = Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit  
 BayLfV = Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz  
 BLKA = Bayerisches Landeskriminalamt  
 ZKS = Zentrale Koordinierungsstelle  
 ufluq.de & Violence Prevention Network gGmbH = zivilgesellschaftliche Träger

**ANT  
WORTEN  
AUF SALAFISMUS**  
 Bayerns Netzwerk für  
 Prävention und Deradikalisierung

## IMAG unter Leitung des Innenministeriums

Um die Maßnahmen zur Salafismusprävention in Bayern zu erweitern und miteinander zu vernetzen, hat das bayerische Kabinett eine Interministerielle Arbeitsgruppe (IMAG) eingesetzt. Sie setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern mehrerer Staatsministerien und staatlicher Behörden zusammen. Dazu gehören:

- Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration (Leitung der IMAG)
- Bayerisches Staatsministerium der Justiz
- Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus
- Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales
- Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit
- Bayerisches Landeskriminalamt – Kompetenzzentrum für Deradikalisierung
- Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz

Die IMAG stimmt die staatlichen Maßnahmen ressortübergreifend aufeinander ab. Zudem ist sie für die inhaltliche Steuerung und strategische Ausrichtung des gesamten Netzwerks zuständig. Sie verbindet die beiden Säulen Prävention und Deradikalisierung. Die IMAG trifft sich regelmäßig, um u. a. das weitere Vorgehen zu besprechen und neue Betätigungsfelder und Zielgruppen zu definieren. Als federführende Stelle ist das Innenministerium in Abstimmung mit den IMAG-Mitgliedern für die Öffentlichkeitsarbeit des Netzwerks verantwortlich.

## Zivilgesellschaftliche Träger in Bayern

Oft wollen Betroffene sich mit Fragen und Ängsten nicht direkt an die Sicherheitsbehörden wenden. Um ihnen diese Hemmschwelle zu nehmen, aber auch um gezielt niedrigschwellige Beratungsangebote zur Verfügung zu stellen, kooperiert das Netzwerk mit zwei zivilgesellschaftlichen Trägern. Beide verfügen über jahrelange Erfahrung und ein fundiertes Wissen in der Prävention bzw. Deradikalisierung gegen Salafismus/Islamismus.



Violence  
Prevention Network

### Beratungsstelle von Violence Prevention Network gGmbH in Bayern

Im Bereich der Deradikalisierung arbeitet das im Bayerischen Landeskriminalamt eingerichtete Kompetenzzentrum für Deradikalisierung und Risikoanalyse mit dem zivilgesellschaftlichen Träger **Violence Prevention Network gGmbH (VPN)** zusammen.

VPN unterhält in Bayern eine eigene Beratungsstelle mit Sitz in München. Die **„Beratungsstelle Bayern“** arbeitet mit jungen Menschen, die islamistische Tendenzen aufweisen, in Kriegsgebiete ausreisen möchten mit dem Ziel am Jihad teilzunehmen oder aus Syrien bzw. dem Irak zurückkehren und sich in Haft befinden.

VPN ist ein Verbund erfahrener Fachkräfte, die seit Jahren mit Erfolg in der Deradikalisierungsarbeit und Extremismusprävention tätig sind und sich durch hohe fachliche Kompetenz auszeichnen.

## Fachstelle zur Prävention religiös begründeter Radikalisierung in Bayern – ufuq.de

Im Bereich der Prävention hat das Bayerische Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales (StMAS) im Herbst 2015 eine landesweite **Fachstelle zur Prävention religiös begründeter Radikalisierung** eingerichtet. Die Fachstelle in Trägerschaft des Vereins **ufuq.de** wird aus Landesmitteln finanziert. Sie setzt im Vorfeld einer Radikalisierung an und bietet pädagogische Hilfestellungen zum Umgang mit islamistischer Rhetorik, die jungen Menschen attraktive Angebote macht. Damit verfügt Bayern über einen beim StMAS angebotenen zivilgesellschaftlichen Träger im Bereich der allgemeinen Prävention.

Der Verein Ufuq e.V. (Bedeutung: arabisch „Horizont“/„Perspektive“) ist ein anerkannter Träger der freien Jugendhilfe und hat sich bundesweit als Ansprechpartner für die pädagogische Praxis zu den Themen Islam und Islamismus etabliert. Dabei ist der Name des Vereins Programm: Bei allen Fragen und Konflikten, die sich zu diesen Themen im Alltag, in der Schule, am Arbeitsplatz oder in der Politik ergeben, geht es nicht in erster Linie darum, eine bestimmte Sichtweise zu vermitteln, sondern einen Raum zu schaffen, der den Austausch verschiedener Perspektiven fördert und dadurch neue Perspektiven eröffnet.

Die Fachstelle in Bayern bietet pädagogischen Fachkräften, Einrichtungen und weiteren Multiplikatorinnen und Multiplikatoren Fortbildungen zu den Themenfeldern Islam und Islamismus sowie zu Ansätzen der präventiven pädagogischen Arbeit an. Neben Jugendeinrichtungen oder Jugendverbänden können sich auch Schulen, religiöse Einrichtungen oder auch Behörden und Institutionen wie das Jobcenter mit Beratungs- und Fortbildungsanliegen an die Fachstelle wenden. Diese breit angelegte Vernetzung wird angestrebt, um Fachkräfte, die in ganz verschiedenen Bereichen mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen arbeiten, zu erreichen und mit präventionsrelevanten Angeboten zu unterstützen.

Des Weiteren bietet die Fachstelle an den Standorten Augsburg, Nürnberg, Landshut Regensburg und Würzburg Workshops für Jugendliche an, welche in Schulen und Jugendeinrichtungen umgesetzt werden. Hierfür bildet ufuq.de in einer mehrtätigen Ausbildung junge Menschen zu sog. Teamerinnen und Teamern aus, in welcher sie zum einen das pädagogische Handwerkzeug für die Arbeit mit den Jugendlichen vermittelt bekommen und zum anderen themenspezifisches Hintergrundwissen zu den Workshops erhalten. Themenfelder der Workshops sind unter anderem: Wahrnehmung von Musliminnen und Muslimen, Diskriminierung und Empowerment, Islamismus, Geschlechterrollen, Nahostkonflikt, Verschwörungstheorien und Digitale Medien.

Neben den Fortbildungen und Workshops bietet die Fachstelle darüber hinaus eine kostenfreie telefonische Erstberatungen für Fachkräfte bei herausfordernden Situationen im pädagogischen (Schul-)Alltag an.

# PRÄVENTION

Die Vorbeugung oder Prävention ist wichtig im Kampf gegen extremistische Strömungen wie den Islamismus. Prävention hilft, Probleme zu vermeiden, bevor sie entstehen. So heißt es im Gesundheitsbereich: „Vorbeugen ist besser als heilen“. Bei der Bekämpfung von Extremismus gilt das gleiche Prinzip. Prävention macht Menschen immun gegen extremistische Botschaften. Sie verringert die Gefahr, dass Menschen sich z. B. dem Salafismus zuwenden und womöglich sich selbst oder andere gefährden.

In der Präventionsarbeit werden Jugendliche z. B. in Peer-to-Peer Workshops, Rollenspielen oder Medien- und Theaterprojekten zur Auseinandersetzung angeregt: mit ihrem Selbstbild, ihren Einstellungen, ihren Werten und ihrem Weltbild, ihrem Verständnis von Demokratie. Allgemeine Prävention stößt Entwicklungsprozesse an, stärkt Jugendliche in ihrem Selbstbewusstsein und macht sie damit weniger anfällig für Propaganda und Einflussnahme z. B. durch Salafisten. Maßnahmen der allgemeinen Prävention finden in erster Linie im Verantwortungsbereich des Kultus- und Sozialministeriums statt.

Salafismusprävention hängt eng mit der Stärkung unserer Demokratie zusammen. Junge Menschen sind ein wichtiger Teil der Gesellschaft und unseres demokratischen Miteinanders. In Schulen und Jugendeinrichtungen sollen junge Menschen für problematische Entwicklungen und fragwürdige Angebote, insbesondere in den sozialen Medien, sensibilisiert werden und lernen, vereinfachte Vorstellungen und Weltbilder kritisch zu hinterfragen.

## Öffentlichkeitsarbeit des Netzwerks

Unter dem Motto „Antworten auf Salafismus“ realisiert das Netzwerk unter Federführung des Innenministeriums mit verschiedenen aufeinander abgestimmten Maßnahmen und Projekten bayernweit eine Kampagne, um für das Thema Radikalisierung und Salafismus/Islamismus zu sensibilisieren und auf das Netzwerk, dessen Angebote und die jeweiligen Ansprechpartner aufmerksam zu machen.

## ■ Internetauftritt „Antworten auf Salafismus“:

Wichtige Bestandteile einer nachhaltigen Präventionsarbeit sind auch die umfassende Information und Aufklärung über Islamismus wie z.B. Salafismus und seine verschiedenen Erscheinungsformen sowie das Aufzeigen von Hilfs- und Beratungsangeboten für all jene, die regelmäßig mit Jugendlichen zusammenarbeiten oder in Kontakt stehen. Die Internetplattform [www.antworten-auf-salafismus.de](http://www.antworten-auf-salafismus.de) gibt verlässliche Informationen über das Phänomen und verlinkt zu Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern. Zielgruppe der Internetplattform sind in erster Linie Behörden, interessierte Bürgerinnen und Bürger, Familie, Freunde sowie das soziale Umfeld von (gefährdeten) Jugendlichen, die auf der Suche nach Information und ggf. Unterstützung sind. Auf der Website steht außerdem umfangreiches Download-Material zur Verfügung. Die wichtigsten Informationen der Website sind auch in den Sprachen Englisch, Französisch, Türkisch, Arabisch und Russisch abrufbar. Im März 2020 wurde sie um neue, teils jugendaffine und interaktive Inhalte erweitert. Mit dem Quiz „Salafismus-Checker“ können Jugendliche und Fachkräfte ihr Wissen rund ums Thema Salafismus testen. Außerdem können zwei Radikalisierungsverläufe in Comic-Videos verfolgt werden, an deren Ende man sich entscheiden kann, wie am besten auf Anzeichen einer Radikalisierung reagiert werden sollte. Ein umfangreiches Lexikon bietet zudem eine Erklärung von salafistischen und islamistischen Begriffen und Symbolen sowie eine Übersicht der bekanntesten Personen und Organisationen der Szene. 2025 werden die Inhalte der Website umfassend überarbeitet.

## ■ „Schau hin!“ – Filmkampagne des Innenministeriums:

2022 und 2023 lief die Kampagne „Schau hin!“ des Bayerischen Innenministeriums zur niederschweligen Sensibilisierung einer breiten Zielgruppe für auffälliges und möglicherweise in eine Radikalisierung mündendes Verhalten von Kindern und Jugend-



lichen. Mit sieben kurzen Videoclips wurden Berufs- und Gesellschaftsgruppen angesprochen, die regelmäßig mit Kindern und Jugendlichen Kontakt haben. Ziel war es, diese zu sensibilisieren, zum Handeln aufzurufen und auf Hilfsangebote hinzuweisen, damit Veränderungen und Auffälligkeiten, die auf eine beginnende Radikalisierung hindeuten könnten, möglichst frühzeitig erkannt werden. Die Filmclips decken unterschiedliche Extremismusphänomene (inkl. Antisemitismus) ab und zeigen Alltagsszenen von Jugendlichen und ihren Bezugspersonen. Darunter sind auch drei Spots zum Themenbereich Salafismus/Islamismus. Die Filmkampagne wurde über Internet- und Social Media-Plattformen, im TV und Kino sowie in öffentlichen Verkehrsmitteln in bayerischen Großstädten verbreitet.

Ende Januar 2022 wurde außerdem die Podcast-Folge „Schau hin! Was tun gegen Radikalisierung und Extremismus“ aus der Reihe „Let's talk Innenpolitik“ veröffentlicht. Gesprächsteilnehmer sind u. a. der Psychologe und Islamismus-Experte Ahmad Mansour und ein Aussteiger aus der rechtsextremistischen Szene.

Unter [www.schau-hin.bayern.de](http://www.schau-hin.bayern.de) können die Filmclips, Informationen zur Kampagne sowie die Podcast-Folge abgerufen werden.



#### ■ Videoclip über das Netzwerk:

Die Aufgaben, Strukturen, Ansprechpartner und Angebote des Netzwerks werden in einem kurzen Videoclip präsentiert, der unter anderem auf der Website „Antworten auf Salafismus“

abzurufen ist und auf Veranstaltungen und bei Vorträgen der Netzwerkpartner gezeigt wird. Der Videoclip wurde 2020 aktualisiert. Link: [www.antworten-auf-salafismus.de/unser-netzwerk/aufgaben/index.php](http://www.antworten-auf-salafismus.de/unser-netzwerk/aufgaben/index.php)

#### ■ Infobroschüre über das Netzwerk:

Das Netzwerk stellt sich außerdem in einer Informationsbroschüre vor, in der die Aufgaben, Strukturen, Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner und Angebote des Netzwerks kompakt dargestellt



werden. Sie ist im offiziellen Broschürenportal der Bayerischen Staatsregierung bestell- und abrufbar unter [www.bestellen.bayern.de](http://www.bestellen.bayern.de). Die Broschüre wurde zuletzt 2024 aktualisiert.

#### ■ Informationsveranstaltungen des Netzwerks bei den Regierungen:

Um das Beratungs- und Unterstützungsangebot des Netzwerks und die jeweiligen Ansprechstellen noch bekannter zu machen und möglichst flächendeckend für das Phänomen der Radikalisierung und die Hintergründe zu sensibilisieren, wurden in allen Regierungsbezirken Informationsveranstaltungen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren durchgeführt. Zielgruppen waren insbesondere die Mitarbeitenden der Regierungen, der Helferkreise sowie die Ehrenamtskoordinatorinnen und -koordinatoren, die Verantwortlichen für die Unterbringung von Flüchtlingen sowie die Träger der öffentlichen und freien Jugendhilfe. Mittlerweile wurde das Angebot von Informationsveranstaltungen bayernweit in die Fläche getragen. Oft besteht im Nachgang einer solchen ersten Veranstaltung der Bedarf nach weiteren Veranstaltungen für spezifische Berufsgruppen und spezielle Themen. Diese werden vom Netzwerk im Rahmen sog. Multiplikatorenschulungen (siehe nächster Punkt) begleitet.

#### ■ **Multiplikatorenschulungen (Aufklärung & Sensibilisierung von Fachkräften):**

Spezifische Präventionsmaßnahmen sollen Fachkräfte sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren bei der frühzeitigen Erkennung von Radikalisierung und im Umgang mit radikalisierten Personen durch Sensibilisierung, Aufklärung und Praxisschulungen unterstützen. Die Netzwerkakteure führen in ganz Bayern Multiplikatorenschulungen durch, um möglichst flächendeckend für das Phänomen der Radikalisierung und dessen Hintergründe zu sensibilisieren und das Beratungs- und Unterstützungsangebot des Netzwerks und die jeweiligen Ansprechpersonen noch bekannter zu machen.

Zielgruppen dieser Veranstaltungen sind insbesondere:

- Mitarbeitende der Bezirksregierungen
- Beteiligte der Helferkreise
- zuständige Personen für die Ehrenamtskoordination
- Verantwortliche für die Unterbringung von Flüchtlingen
- Träger der öffentlichen und freien Jugendhilfe
- Polizei und Sicherheitspersonal
- Lehrkräfte
- Personal in Justizvollzugsanstalten, der Bewährungshilfe und des Maßregelvollzugs
- Personal in Bezirkskrankenhäusern

Das Netzwerk hat seit seiner Gründung ca. 91.400 Fachkräfte (vor allem Multiplikatorinnen und Multiplikatoren), Angehörige und Betroffene im Rahmen von Vorträgen, Veranstaltungen, Fortbildungen und Beratungsleistungen erreicht (Stand: 31.12.2024). Das Bayerische Netzwerk präsentiert sich darüber hinaus einer breiten Öffentlichkeit bei Anlässen wie Messen, Tagen der offenen Tür und auf dem Deutschen Präventionstag sowie mit Beiträgen in Fachpublikationen.

#### ■ **Fachtagungen und Vernetzungstreffen des Netzwerks:**

- Fachtag „Islamismusprävention und Deradikalisierung“ am 14. und 15. Mai 2025 (BayLfV und BLKA)
- Fachtag „Antisemitismus im Islamismus – eine Gefahr für unsere Gesellschaft“ am 6. Juni 2024 (StMAS und StMI)

- Fachtag „Antworten auf Salafismus 2.0“ am 5. März 2020 zum Thema der Rolle von Internet und sozialer Medien für Radikalisierungsprozesse und Präventionsmaßnahmen
- Premierenfeier und Filmpreisverleihung als Abschluss des Filmwettbewerbs mit der Hochschule für Fernsehen und Film am 7. November 2017
- Vernetzungstreffen für die Projektträger im Bereich „Prävention“ am 26. Juli 2017 im StMAS
- Fachtagung zum Thema „Vorurteile, Stereotype und Konflikte in einer vielfältigen Gesellschaft – Auswirkungen auf die Zusammenarbeit mit muslimischen Kooperationspartnern“ am 2. und 3. März 2016 in Kooperation mit der Clearingstelle im BAMF
- Auftaktveranstaltung des „Bayerischen Netzwerks für Prävention und Deradikalisierung gegen Salafismus“ am 1. und 2. Dezember 2015

#### **Islamismusprävention im Bereich Schule und Bildung**

Das kultusministerielle Konzept der Extremismusprävention im Allgemeinen und der Vorbeugung von Islamismus im Besonderen fußt nicht nur auf einer fundierten Werteerziehung und der fächerübergreifenden Vermittlung Politischer Bildung an allen Schulen, sondern auch auf der Stärkung präadoleszenter Selbst- und Sozialkompetenz, der Aneignung von gewaltfreien Konfliktlösungsstrategien und der Reflexion kultureller Vorprägungen. Flankiert wird dieses Konzept durch die Staatliche Schulberatung. Für jede Schule sind eine Schulpsychologin bzw. ein Schulpsychologe sowie eine Beratungslehrkraft in ihrer Zuständigkeit für die Schule benannt. Bei diskriminierenden sowie demokratiefeindlichen Vorfällen, fungieren sie – neben dem pädagogischen Klassenteam und den Verbindungslehrkräften – als erste Ansprechpartner für Schülerinnen und Schüler, Erziehungsberechtigte und Lehrkräfte. Insbesondere die Schulpsychologinnen und Schulpsychologen helfen durch geeignete Interventionen bei der Bewältigung von persönlichen Krisen. Zudem vermitteln sie weitergehende als auch spezifische Beratungsmöglichkeiten, beispielsweise die Radikalisierung Jugendlicher und junger Erwachsener betreffend. Bei Anliegen, die über die

Einzel­schule hinausgehen, können sich Ratsuchende an die spezialisierten Schulpsychologinnen und Schulpsychologen sowie Beratungslehrkräfte der neun Staatlichen Schulberatungsstellen in Bayern wenden ([www.schulberatung.bayern.de](http://www.schulberatung.bayern.de)). Zu diesen gehören auch die Regionalbeauftragten für Demokratie und Toleranz.



Regionalbeauftragte  
für Demokratie und  
Toleranz

Was religiös oder politisch motivierten Extremismus angeht, so stehen die Regionalbeauftragten für Demokratie und Toleranz – bei Bedarf – allen Mitgliedern der Schulgemeinschaft zur Verfügung. Diese 26 Schulpsychologinnen, Schulpsychologen und Beratungslehrkräfte, die für die verhaltensorientierte Extremismusprävention und anlassbezogene Intervention zuständig sind, können über die neun Staatlichen Schulberatungsstellen vertraulich konsultiert werden. Ein solches niedrigschwelliges Modell, in dessen Fokus die pädagogische Aufarbeitung devianten Verhaltens und die Deradikalisierung sowie Resozialisierung Jugendlicher steht, ermöglicht eine zielgenaue, altersgerechte sowie langfristig wirksame Präventionsarbeit im Schulkontext. Neben der individuellen Beratung und konkreten Fallbearbeitung bieten die Regionalbeauftragten auch modulare Multiplikatoren-Schulungen, pädagogische Informationsveranstaltungen, praxisorientierte Workshops und die Begleitung von Schulentwicklungsprozessen an ([www.schulberatung.bayern.de/themen-und-anlaesse/demokratie-und-toleranz-extremismuspraevention](http://www.schulberatung.bayern.de/themen-und-anlaesse/demokratie-und-toleranz-extremismuspraevention)).

Zudem sind die Regionalbeauftragten in regionale Netzwerke eingebunden, sodass sie ggf. auf die Unterstützung von außerschulischen Akteuren der Opferberatung und der Präventionsarbeit zählen können. Hier ist beispielsweise das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz (BayLfV) zu nennen, das die Anschlussfähigkeit eines singulären Schulvorfalls an die islamistischen Milieus vor Ort datenbasiert einschätzen kann. Sollte es erforderlich sein, dann werden Runde Tische initiiert, um gemeinsam mit den Sicherheitsbehörden erforderliche Maßnahmen (z. B. die Aufnahme ins Deradikalisierungsprogramm) einzuleiten. Ferner findet einmal jährlich – auf Einladung des

Kultusministeriums (StMUK) hin – ein digitales Sicherheitsupdate der Regionalbeauftragten mit Vertretern der Sicherheitsbehörden und der Justiz statt, so dass sie schulische Präventionsarbeit dem aktuellen Lagebild angepasst werden kann.

Damit sie ihren umfassenden Auftrag den sich wandelnden gesellschaftspolitischen Herausforderungen entsprechend erfüllen können, werden die Regionalbeauftragten im Auftrag des StMUK durch die Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung Dillingen pädagogisch, psychologisch als auch fachwissenschaftlich im Rahmen einer jährlich stattfindenden Fachtagung fortgebildet.

### Lehrerfortbildungen

In Bayern besteht ein bedarfs- und zielgruppengerechtes Angebot von Fortbildungsveranstaltungen auf allen Ebenen der Staatlichen Lehrerfortbildung: zentral (an der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung (ALP) Dillingen), regional (an den neun Staatlichen Schulberatungsstellen sowie im Bereich der Ministerialbeauftragten und Regierungen), lokal (an den Staatlichen Schulämtern) und schulintern (SCHILF). Ergänzt wird dieses Angebot durch Fortbildungen externer Anbieter.

Grundlage dafür ist das regelmäßig für zwei Jahre erarbeitete Schwerpunktprogramm des Kultusministeriums (StMUK-Schwerpunktprogramm Lehrerfortbildung 2025/2026), das der Extremismusprävention seit mehreren Jahren – unabhängig von konkreten Fächern oder Jahrgangsstufen – eine schulartübergreifende Bedeutung in der Lehrerfortbildung zuweist. Ein Teil des Fortbildungsangebots wird z. B. in Kooperation der Regionalbeauftragten für Demokratie und Toleranz mit der Präventionsstelle Islamismus des des BayLfV und weiteren Partnern des Präventionsnetzwerks durchgeführt. Die teilnehmenden Lehrkräfte werden nicht nur über aktuelle Entwicklungen im Bereich des Islamismus und der Muslimfeindlichkeit informiert, sondern sie gewinnen auch Handlungssicherheit bei der Einschätzung von diesbezüglichen Wahrnehmungen und im Umgang mit diskriminierenden bzw. islamistisch konnotierten Vorfällen im Schulkontext. Auch Referendarinnen und Referendare werden im Rahmen von Seminartagen dahingehend sensibilisiert.

## Islamischer Unterricht

Um den Schülerinnen und Schülern ein Angebot zu ermöglichen, das auf ihren spezifischen kulturellen und religiösen Hintergrund eingeht, hat die Bayerische Staatsregierung den Islamischen Unterricht als neues Fach alternativ zu Ethik in den Fächerkanon der bayerischen Schulen eingeführt. Somit ist seit dem Schuljahr 2021/2022 der Islamische Unterricht an allen Schularten schulrechtlich verankert. Wo der Islamische Unterricht eingerichtet ist, kann er alternativ zu Ethik gewählt werden.

Der Islamische Unterricht dient der Erziehung der Schülerinnen und Schüler zu wertheinsichtigem Urteilen und Handeln. Wie der Ethikunterricht orientiert sich der Islamische Unterricht an den sittlichen Grundsätzen, wie sie in der Verfassung und im Grundgesetz niedergelegt sind, und berücksichtigt die Pluralität der Bekenntnisse und Weltanschauungen. Der Islamische Unterricht beruht dabei auf einem entkonfessionalisierten Konzept, das islamkundliche Inhalte und Wertebildung im Sinne des Grundgesetzes verbindet. Der Staat macht dadurch den muslimischen Schülerinnen und Schülern ein staatlich verantwortetes Bildungsangebot in deutscher Sprache, das die Persönlichkeitsbildung der Schülerinnen und Schüler auf dem Boden des Grundgesetzes stärkt und somit präventiv gegen die Ausbildung von islamistischem Extremismus wirkt. Grundlage des Islamischen Unterrichts ist der für die jeweilige Schulart gültige Fachlehrplan des Lehrplan-PLUS ([www.lehrplanplus.bayern.de/](http://www.lehrplanplus.bayern.de/)).



Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“

Am Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ (SOR-SMC) beteiligen sich derzeit 930 bayerische Schulen (Stand 16.04.2025). Voraussetzung für die Teilnahme ist das schriftliche Bekenntnis der ganzen Schulfamilie, sich aktiv gegen Diskriminierung, Mobbing sowie Gewalt

einzusetzen, präventiv themenrelevante Projekttag durchzuführen und im Anlassfall sofort einzuschreiten. Dadurch soll ein wichtiger Beitrag zum offenen und respektvollen Umgang miteinander im Schulalltag geleistet werden. In Bayern liegt die Koordination für dieses u. a. vom Bund geförderte Netzwerk beim Bayerischen Jugendring K.d.ö.R. (BJR), der auf dem Gebiet der Jugendarbeit mit der Wahrnehmung der Aufgaben des überörtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe betraut ist ([www.schule-ohne-rassismus.org/netzwerk](http://www.schule-ohne-rassismus.org/netzwerk)).

## Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit

Die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit (BLZ) unterstützt insbesondere junge Menschen in ihrer Bereitschaft, empathisch und couragiert am staatsbürgerlichen als auch gesellschaftlichen Miteinander teilzunehmen, extremistischen Anschauungen in jeglicher Form argumentativ entgegenzutreten und sich für Demokratie sowie Rechtsstaatlichkeit aktiv einzusetzen. Der Wertebildung kommt im Bereich der der allgemeinen Prävention eine Schlüsselrolle zu, wenn es darum geht, als Basis einer freien Gesellschaft einen gemeinsamen Wertekanon zu finden und Grundpfeiler demokratischen Gedankengutes zu festigen. Im Rahmen unterschiedlicher Formate – von einem Wertereisekoffer für die Grundschule bis hin zu Workshops mit der Bildungsinitiative GermanDream – werden Kinder und Jugendliche dazu ermutigt, über Wertvorstellungen nachzudenken, darüber zu diskutieren und Demokratie als ihr Schutz- und Umsetzungsinstrument wahrzunehmen.

Die Aufklärung über extremistische Äußerungen, die gerade im Internet und in den sozialen Netzwerken zunehmen, ist der BLZ ebenso ein großes Anliegen. So produziert sie im Rahmen ihres Videoformats „ganz konkret“ Videos, die sich direkt an Jugendliche richten und über themenspezifische Phänomene wie etwa Extremismus in den sozialen Medien aufklären. Darüber hinaus

erstellt die BLZ begleitende Unterrichtsmaterialien für Lehrkräfte, die relevante Hintergrundinformationen liefern und einen Einsatz der Videos im Unterricht erleichtern ([www.blz.bayern.de/zeit-fuer-politik-archiv.html](http://www.blz.bayern.de/zeit-fuer-politik-archiv.html)). Das Vortragsformat „Hass 2.0“ richtet sich nicht nur an Lehrkräfte, sondern auch an Eltern. Es informiert darüber, wie Extremisten soziale Medien nutzen, um Jugendliche zu erreichen.

Im Kooperationsprojekt „Profil zeigen! Für eine starke Demokratie“ haben die BLZ und das Netzwerk Politische Bildung Bayern von 2020 bis 2024 zahlreiche Trainerinnen und Trainer ausgebildet, um Schülerinnen und Schülern Wege aufzuzeigen, extremistischen Positionen sowohl selbstbewusst als auch gezielt zu begegnen. Bayernweit wurden innerhalb der vierjährigen Projektlaufzeit über 325 Workshops durchgeführt und nahezu 6.800 Teilnehmende erreicht.

Die ausgebildeten Trainerinnen und Trainer können weiterhin für Workshops gebucht werden ([www.profilzeigen.de](http://www.profilzeigen.de)). Des Weiteren sensibilisiert die BLZ mit serious games für den Unterricht für die Methoden der digitalen Beeinflussung. So macht etwa das Game „Augen auf!“ Manipulationsversuche sowie Anwerbestrategien gegenüber Jugendlichen in den sozialen Medien bewusst ([www.game-augen-auf.de/](http://www.game-augen-auf.de/)). Das im Dezember 2024 veröffentlichte Game „Deine Stimme“ sensibilisiert Jugendliche für populistische und antidemokratische Strömungen in der Politik ([www.blz.bayern.de/deine-stimme-game.html](http://www.blz.bayern.de/deine-stimme-game.html)).

Zahlreiche Unterrichtsmaterialien unterstützen Lehrkräfte dabei, die Themenfelder Salafismus und Populismus nachhaltig im Unterricht zu behandeln, so der Materialschuber „ismus.elementar“, der in Zusammenarbeit mit dem BayLfV, der BIGE (Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus) und ufuq.de konzipiert wurde.

Seit Herbst 2023 führt die Landeszentrale gemeinsam mit ufuq.de die Fortbildungsreihe „Vielfältige Identitäten?! Herausforderungen und Chancen im Schulalltag“ durch. In jedem Modul setzen sich die Teilnehmenden mit einem Aspekt aus den Bereichen Identitätsstiftung und kulturelle Zugehörigkeit, Diskriminierungserfahrung, sowie Radikalisierung auseinander, um einen tieferen Einblick in die Hintergründe zu erhalten und gemeinsam Handlungsoptionen auszuloten. Außerdem informiert die BLZ selbst in thematisch zugeschnittenen Publikationen auch über phänomenübergreifende Aspekte (siehe u. a. das Themenheft „Antisemitismus“ der Zeitschrift „Einsichten & Perspektiven“). Weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten finden Sie unter: [www.blz.bayern.de](http://www.blz.bayern.de).

### Prävention im Bereich des Bayerischen Sozialministeriums

Im Rahmen der Radikalisierungsprävention sind im Bayerischen Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales (StMAS) unterschiedlichste, zielgruppenspezifische Angebote vorzufinden, die kontinuierlich fortentwickelt werden.

Dazu wurde beispielweise beim Bayerischen Landesjugendamt-BLJA die Webseite <https://www.blja.bayern.de/koora/> eingerichtet, um die Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe bei ihrer verantwortungsvollen Aufgabe zu unterstützen und die Kooperation mit den Sicherheitsbehörden sowie den spezialisierten Fachstellen in Bayern zu stärken. Auf der Webseite sind zu den einzelnen Phänomenbereichen, darunter auch Islamismus, wichtige Ansprechpersonen, Beratungsstellen, Informationen und Weiterbildungsmöglichkeiten in Bayern zu finden.

Des Weiteren fördert das StMAS zur Radikalisierungsprävention bayernweit zielgruppenspezifische Maßnahmen und Projekte:

### **YouthBridge: Jugend baut Brücken München**

Im Projekt „YouthBridge:

Jugend baut Brücken München“

([www.youthbridge.eu](http://www.youthbridge.eu)) werden

Jugendliche aus verschiedenen

Communities (z. B. jüdische, mus-

limische, christliche Jugendliche aus unterschiedlichen sozialen und kulturellen Kontexten) zu

Multiplikatorinnen und Multiplikatoren ausgebildet, die anschließend in ihren Communities als

Vorbilder wirken sollen. Im Rahmen des Projektes beschäftigen sich die Jugendlichen mit der

Frage: Wie wollen wir gemeinsam in dieser Stadt leben und ihre Zukunft gestalten? Junge Men-

schen, die Brücken bauen und sich damit gleichzeitig gegen Rassismus, Radikalisierung und Anti-

semitismus einsetzen, durchlaufen das Ausbildungsprogramm der Europäischen Janusz Korczak

Akademie in München. Das Projekt ist bayernweit tätig und vernetzt.



### **Radikal im Netz- Extremismus-Prävention und digitale Medien**

Extremistische Gruppierungen

sprechen gezielt Jugendliche an, um

sie für ihre demokratiefeindlichen

Ideen zu gewinnen. Dazu nutzen

sie soziale Netzwerke wie YouTube

oder TikTok und Messenger-Dienste wie z. B. Telegram. Auch Suchmaschinen, Videospiele und

Kommentarspalten sind beliebte Sprachrohre für extremistische Narrative.

Zudem nutzen Extremisten Fake News, um die Meinung von Jugendlichen zu beeinflussen und sie für radikale Ideen empfänglich zu machen.

Jugendliche müssen daher gestärkt und befähigt werden, extremistische Ideen als solche zu erkennen und zu hinterfragen. Dazu gehört auch die Förderung von Medienkompetenz, gerade die Informationskompetenz und Quellenkritik sind hierbei essentiell. Heranwachsende müssen verstehen, dass hinter lustigen Videochannels und viralen Kampagnen Stimmungsmache und sogar eine Rekrutierungsabsicht radikaler Gruppierungen stecken kann.

Ziel des Projektes ist, präventiv einer Radikalisierung Jugendlicher entgegenzuwirken. Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe sollen für ihre Arbeit mit jungen Menschen geschult, sensibilisiert und damit befähigt werden, extremistische Botschaften im Netz einzuordnen und mit Jugendlichen zu diesem Thema zu arbeiten. Hierzu benötigen sie neben grundlegendem Wissen zu Radikalisierungsprozessen auch konkrete Einblicke in die digitale Welt. Projektträger ist die Aktion Jugendschutz Landesarbeitsstelle Bayern e.V. (aj).



**Aktion Jugendschutz  
Landesarbeitsstelle Bayern e.V.**

# W O M E N W I T H O U T B O R D E R S

CHANGE THE WORLD

## **MotherSchools**

Mit dem Projekt „MotherSchools: Parenting for Peace“ wird der Fokus auf das wichtige familiäre Umfeld von jungen Menschen gelegt. Mütter sind wichtige Anker, um der Gefährdung von jungen Menschen entgegenzutreten zu können. Im familiären Umfeld wird eine Veränderung des jungen Menschen oft als erstes erkannt. Daher müssen Mütter besonders sensibilisiert und befähigt werden, ihr Wissen über Radikalisierung und die Gefahren durch Salafisten an andere Mütter weiterzugeben. Hier setzen die sogenannten MotherSchools von Frauen ohne Grenzen (Wien) an.

Zielgruppe sind Mütter mit und ohne Migrationshintergrund von Jugendlichen ab 12 Jahren und jungen Erwachsenen in bestehenden Communities mit patriarchalen Strukturen, aber auch geflüchtete Frauen.

In den 10-wöchigen Workshops der MotherSchools lernen Mütter, in ihren Familien und Gemeinschaften aufmerksam zu sein und gemeinsam Schritte gegen Radikalisierung zu setzen. Die Mütter erarbeiten sich mit Hilfe ausgebildeter Teacherinnen Strategien, um mit ihrem Nachwuchs in der Pubertät im Gespräch zu bleiben, lernen Fakten über die psychosoziale Entwicklung von Kindern, Kommunikations- und Konfliktarbeit, erarbeiten sich push- und pull-Faktoren, aber auch den Wert von Netzwerkarbeit.

Die Pilotphase startete 2017 mit vier Standorten in Unterfranken. Seither konnte das Projekt MotherSchools an den Standorten in Augsburg, Nürnberg, Passau, Regensburg Kempten und München durchgeführt werden.

Um den Fokus auf das familiäre Umfeld weiter zu verstärken, werden auch zunehmend die Väter in das Projektkonzept integriert. In Aschaffenburg und Erlenbach am Main starteten daher 2019 die deutschlandweit ersten „FatherSchools: Men included in Parenting for Peace“. Für 2022 konnte ein neuer Standort der FatherSchools in Regensburg aufgebaut werden.

### **ReMind – zuhören, verstehen, sicher handeln**

Das Projekt ReMind bietet ein Fortbildungsangebot zur Vermittlung von psychologischen und lebensweltlichen Kenntnissen von Personen mit Migrationshintergrund für therapeutisch und psychologisch beratende

Fachkräfte, wie Psychologinnen und Psychologen, Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten sowie Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen, an. Die Teilnehmenden werden in Fortbildungsveranstaltungen mit Workshop-Charakter sensibilisiert und zur Selbstreflexion ermutigt, damit sie authentisch und mit dem notwendigen Wissen und Können auf die Bedürfnisse der Klientinnen und Klienten eingehen können und diese in ihrer Mündigkeit stärken können. Durch die Sensibilisierung in der Fortbildung soll erreicht werden, dass die Fachkräfte mögliche Radikalisierungstendenzen der Klientinnen und Klienten erkennen und entsprechend gegensteuern.

Zudem werden in Rollenspielen Situationen aus dem Berufsalltag der Teilnehmenden aufgegriffen und dabei Handlungsoptionen diskutiert und erprobt. Das eigene Denken, Fühlen und Handeln wird hinterfragt und analysiert mit dem Ziel, Probleme zu erkennen und Veränderungen zu schaffen. Da der Praxisbezug im Vordergrund steht, werden sowohl eigene als auch vorgeschlagene Fallbeispiele eingebunden.

Am Ende der zweitägigen Fortbildungsveranstaltung erhalten die Teilnehmenden ein Toolkit zugesandt mit weiteren Informationen (Leitfaden zur Selbstreflexion, Fallbeispiele, Rollenspiele, etc.) und Kontaktmöglichkeiten.



### **Prävention in Kommunen**

Die kommunale Ebene spielt eine zentrale Rolle in der Präventionsarbeit. Mithilfe von kommunalen präventiven Netzwerken, die sich mit dem Phänomen des Salafismus/Islamismus auseinandersetzen, können Gesamtkonzepte für die spezifische Situation vor Ort (weiter-)entwickelt werden. In solche kommunalen Präventionsnetzwerke sollen alle eingebunden werden, die einen direkten Zugang zu gefährdeten Gruppen haben. Polizei, Jugend- und Sozialarbeit sind in ständigem Austausch und bilden damit vor Ort eine wichtige Schnittstelle zwischen Prävention und Sicherheit.

Im Bayerischen Netzwerk für Prävention und Deradikalisierung gegen Salafismus fördert das Sozialministerium (StMAS) den Aufbau präventiver kommunaler Netzwerke. Derzeit existieren drei kommunale Modellprojekte: Nördliche Oberpfalz, Nürnberg und Würzburg. Das Kommunale Präventionsnetzwerk Augsburg ist verstetigt worden.

## Nürnberg

Das Nürnberger „Präventionsnetzwerk gegen religiös begründete Radikalisierung“ startete am 1. Juni 2016. Es bündelt die bestehenden Beratungs- und Präventionsangebote im Bereich Salafismus in Nürnberg. Außerdem identifiziert es Ressourcen und Defizite, gewinnt Partner und entwickelt konkrete Projekte zur Sensibilisierung und Prävention.

**NÜRNBERG**  
**HÄLT ZUSAMMEN**

Zur Zielgruppe zählen junge Menschen, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, religiöse und soziale Bezugspersonen. Die Gesamtkoordination erfolgt im städtischen Menschenrechtsbüro. Dies sichert einen breiten Zugang zu den wichtigen Akteuren in diesem Themenfeld.

Die in unterschiedlichsten Formaten etablierte Netzwerkarbeit richtet sich an professionelle und ehrenamtliche Engagierte aus den Bereichen Jugendarbeit und soziale Arbeit mit Geflüchteten, Akteure aus den Bereichen Bildung und Sicherheit sowie aus muslimischen Gemeinden und vielen weiteren zivilgesellschaftlichen Gruppen mit dem Ziel des Kennenlernens, des fachlichen Austauschs und des Aufbaus breiter Allianzen. Das Netzwerk koordiniert zudem die von der Fachstelle ufuq.de am Standort Nürnberg ausgebildeten „Teamenden“ des Workshop-Projekts „Wie wollen wir leben?“, die wertvolle Partner des Präventionsnetzwerkes in der Arbeit mit Jugendlichen sind.

## Würzburg

Das 2017 gegründete interkommunale Präventionsnetzwerk Radikalisierung Würzburg macht es sich zur Aufgabe, sich ausgehend von aktuellen Entwicklungen im gesellschaftlichen wie politischen Kontext mit seinen interdisziplinären Netzwerkpartnerinnen und Netzwerkpartnern gegen jede Form von Extremismus und für ein demokratisches Miteinander stark zu machen. Ziel des Netzwerks ist es, vor Ort geeignete präventive Maßnahmen und Angebote zu implementieren, um dadurch ein höheres Maß an vertrauensvollem Zusammenleben in den Sozialräumen und Wohnquartieren zu erreichen. Dabei werden neben den Ansprechstellen des Bayerischen Netzwerks für Prävention und Deradikalisierung gegen Salafismus und aus anderen Phänomenbereichen auch die Akteure aus der Stadtgesellschaft eng in die Netzwerkarbeit eingebunden.



### Nördliche Oberpfalz

Das 2024 gegründete „Netzwerk Radikalisierungsprävention Nördliche Oberpfalz – NO.way“ wird als interdisziplinäres und interkommunales Präventionsprojekt aufgebaut, um Fachkräfte zu sensibilisieren, damit Radikalisierungstendenzen frühzeitig

erkannt und entsprechende präventive Maßnahmen ergriffen werden können. Die Vernetzung von Schulen, Jugendarbeit, der Zivilgesellschaft und der politischen Ebene ermöglicht die Entwicklung praxisnaher Lösungsansätze, um Unsicherheiten im Umgang mit Radikalisierung zu verringern und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Erstmals arbeiten dabei drei Gebietskörperschaften in einem Netzwerk eng zusammen: die Landkreise Neustadt an der Waldnaab und Tirschenreuth sowie die Stadt Weiden in der Oberpfalz.



### Prävention in der Integrations- und Geflüchtetenarbeit

Geflüchtete sind eine wichtige Zielgruppe in der Präventionsarbeit. Sie haben oft Schreckliches erlebt, sind unsicher und orientierungslos, wenn sie in Deutschland ankommen. Deshalb können sie für salafistische Propaganda unter Umständen empfänglich sein. Andererseits sind viele Geflüchtete selbst vor jihadistischem Terror geflohen. An diese Menschen und an jene, die sie betreuen, richtet sich die Präventionsarbeit.

Das Netzwerk für Prävention und Deradikalisierung gegen Salafismus bietet Fortbildungs- und Informationsmaßnahmen zu folgenden Themen:

- Islam
- Umgang mit patriarchalen Strukturen
- Salafismus
- Radikalisierung

### Hilfe für Fachkräfte & Ehrenamtliche

Was ist Kultur? Was ist noch „normale“ Religionsausübung und wo beginnt der Salafismus? Solche Fragen sind leicht gestellt, aber schwer zu beantworten. Viele Fachkräfte, die in der Flüchtlingsunterbringung und -betreuung arbeiten, sowie ehrenamtliche Helfer sind damit überfordert.

## ReThink

Das von der „Mansour-Initiative für Demokratieförderung und Extremismusprävention (MIND Prevention)“ entwickelte und von der Bayerischen Staatsregierung geförderte Projekt „ReThink“ wird in bayerischen Bildungseinrichtungen (schulisch und außerschulisch) angeboten und richtet sich speziell an Jugendliche mit eigener Migrations- und/oder Fluchterfahrung. Ziel des Projektes ist es, mithilfe theaterpädagogischer Rollenspiele die Teilnehmenden zu kritischem Denken und zur Reflexion der eigenen kulturellen, gesellschaftlichen und sozialen Prägung anzuregen. Die Rollenspiele dienen unter anderem dazu, Jugendliche gegen salafistische Anwerbeversuche stark zu machen, indem sie über ihre Werte, Einstellungen und Meinungen zu den Themen Gleichberechtigung, Männlichkeitskonzept, Islamverständnis und Antisemitismus diskutieren, sie in Frage stellen, Ängste abbauen und neue Denkanstöße auch in ihre Peergroups und Familien mitnehmen.



Die Workshops werden von einem Team aus drei bis vier Personen (pädagogische Fachkräfte, Jugendliche, Psychologinnen und Psychologen), die selbst Musliminnen und Muslime sind und einen Migrationshintergrund haben, durchgeführt, derzeit an Berufsintegrationsklassen in ganz Bayern.

Bei 50-60 Workshops und rund 1.300 Teilnehmenden pro Jahr hat das „ReThink“-Projekt eine große Reichweite. 2025 wird angestrebt, die Workshops und Teilnehmenden zu verdoppeln. ReThink ist ein kooperatives Angebot des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration, des Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales und des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus.

## Digitale Prävention

### MindSpot (seit 2025 Digitalmind)

Im Rahmen des Projektes der „Mansour-Initiative für Demokratieförderung und Extremismusprävention (MIND Prevention)“ werden Jugendliche in Deutschland und junge Menschen mit und ohne Flucht- und/oder Migrationserfahrungen aus muslimisch und/oder patriarchal geprägten Heimatländern mit einem interaktiven, niedrigschwelligen und humorvollen Angebot zur Islamismusprävention digital auf den Sozialen Medien, wie Instagram, TikTok und YouTube, erreicht. Das Ziel ist, die jungen Menschen zum Reflektieren ihrer Haltungen und zum Hinterfragen stereotypischer Rollenbilder anzuregen. Es wird ein offener Dialograum geschaffen und mit der Community in den Austausch getreten. Die jungen Menschen lernen ihre eigene Meinung zu artikulieren und andere Meinungen auszuhalten.





Medienpädagogik in  
Forschung und Praxis

### **WiderStaendig**

In diesem Projekt des Jugend Film Fernsehen e.V. (JFF) werden strukturelle Angebote zur Förderung von Informations- und Medienkompetenz in Einrichtungen der Jugendhilfe entwickelt. In einem ersten Schritt erfolgt die Befähigung von Fachkräfte medienpädagogisch mit Jugendlichen gegen Radikalisierung zu arbeiten. In einem zweiten Schritt werden gemeinsam mit den Fachkräften vor Ort Projektstage umgesetzt, in denen Jugendliche gegen extremistische Ansprache gestärkt und für eine positive Streitkultur sensibilisiert werden. Im Fokus des Projekts stehen Fachkräfte der Jugendhilfe und exemplarisch auch Kindertageseinrichtungen. Ziel des Projekts ist ein sicherer Umgang der Kinder und Jugendlichen in der digitalen Welt und für Jugendlichen auch der souveräne Umgang mit extremistischer Ansprache online.



### **WerteRaum**

Ziel des Projektes „WerteRaum – Stark gegen Extremismus!“ der Brochier Stiftung ist die Radikalisierungsprävention bei der Zielgruppe der 7 bis 9-jährigen. An ausgewählten Grundschulen, Institutionen oder Organisationen in Bayern sollen pädagogisch begleitete und altersgerechte Workshops zu Werten wie Gemeinschaft, Gleichberechtigung, Toleranz, Empathie spielerisch vermittelt werden. Die Kinder sollen dabei einen Perspektivenwechsel erleben und nachhaltig Fähigkeiten vermittelt bzw. gefördert bekommen, die als protektive Faktoren gegen eine Radikalisierung gelten. Daneben fördert das Projekt kritische Denkfähigkeiten, um extremistische Propaganda zu erkennen und ihr zu widerstehen.

Alle Workshops sind nach einem methodisch-didaktischen Konzept als mehrstufiges Erlebniskonzept mit Initialphase (Motivation), Problemlösungsphase (Aktion) und Transferphase (Reflexion) aufgebaut: persönlich, unterstützend, impulsgebend, spielerisch und interaktiv. Eine dazu vor Ort (z.B. Schulhof, Hort) aufgebaute Erlebnis-Zeltlandschaft schafft für 5 Workshops einen informellen Lernort, an dem die Kinder den Perspektivenwechsel nachhaltig erleben und verankern können.

## Forschung im digitalen Raum

Grundlage für zielgruppengenaue Präventionsmaßnahmen sind ausreichende Erkenntnisse über die extremistischen Ideologien und deren Wirkweisen. Insbesondere im digitalen Raum sind daneben noch die Plattformen, die Inhalte der Online-Angebote und deren Verbreitung relevant. Daher fördert das Sozialministerium auch Maßnahmen, die sich in Teilen der Erforschung eines Gegenstands widmen:



### Responsible Technology Hub e.V.

Das Projekt „TikTalks: Programm zur Akteur- und Sprachanalyse radikaler Inhalte auf TikTok“ des „Responsible Technology Hub e.V.“ widmet sich extremistischen Inhalten und Radikalisierungsprozessen auf der digitalen Plattform TikTok. In einem ersten Schritt werden die Verbreitung und Eigenschaften radikaler Inhalte und Personen auf der Plattform untersucht. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf den Mechanismen der künstlichen Intelligenz, welche die angezeigten Inhalte für die Nutzerinnen und Nutzer auswählt. Die Erkenntnisse sollen in einer Datenbank der Öffentlichkeit und insbesondere Fachkräften zur Verfügung gestellt werden. In einem weiteren Schritt sollen pädagogische Konzepte zur Stärkung Jugendlicher gegen die erforschten Mechanismen entwickelt und umgesetzt werden.



### Bayerische Landeszentrale für neue Medien (BLM)

In Kooperation mit der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien wird im Rahmen eines Forschungsgutachtens zum Thema „(Rechts-)Extremismus und Online-Games“ die Frage untersucht, ob es eine etablierte (rechts-)extreme Gaming-Szene in Deutschland gibt und ggf. präventive Handlungsansätze aufzeigt. Dabei werden nicht nur Videospiele und deren Inhalte selbst, sondern auch die unterschiedlichen Kommunikationskanäle sowie begleitenden Themenforen von Online-Games auf extremistische Inhalte und Anwerbeversuche untersucht. Darüber hinaus wird die Untersuchung verschiedene Gaming-Plattformen in den Blick nehmen, um etwaige Unterschiede zwischen dem Spieleangebot, dem Spiel- und Kommunikationsverhalten der Nutzerinnen und Nutzer sowie die Beliebtheit der Plattformen in einschlägigen Szenen zu erforschen. Die BLM wird künftig auch das Thema Islamismus verstärkt in den Fokus nehmen.

## Radikalisierungsprävention und Extremismusbekämpfung im Justizvollzug

Der bayerische Justizvollzug stellt sich seit jeher entschlossen den Herausforderungen bei der Bekämpfung von Extremismus und Verhinderung von extremistischen Radikalisierungsversuchen gleich welcher Art. Innerhalb der Justizvollzugsanstalten leisten sämtliche Berufsgruppen wertvolle Beiträge im Sinne eines vernetzten Zusammenwirkens gegen islamistische bzw. salafistische Strukturen.

Den Herausforderungen, die mit Radikalisierungsprozessen und extremistischen Entwicklungen verbunden sind, begegnet der bayerische Justizvollzug mit folgenden Maßnahmen:

### Zentrale Koordinierungsstelle für Maßnahmen gegen Extremismus

Die „Zentrale Koordinierungsstelle für Maßnahmen gegen Salafismus/Islamismus“ war bei ihrer Einrichtung im Jahr 2015 zunächst im Bayerischen Staatsministerium der Justiz (StMJ) angesiedelt. Zur gezielten Unterstützung und Förderung der Extremismusbekämpfung in den Justizvollzugsanstalten wurde die Zentralstelle auf alle Extremismusformen sowie um eine operative Einheit (Operative Einheit Extremismusbekämpfung – OpEEEx) erweitert und ist nun als „Zentrale Koordinierungsstelle für Maßnahmen gegen Extremismus (ZKE)“ an der Justizvollzugsanstalt Nürnberg angesiedelt.

Von dort werden die Justizvollzugsanstalten im Umgang mit extremistischen Gefangenen unterstützt, z. B. durch die Bewertung von Schriftstücken oder Äußerungen, durch extremistische Verortungsgespräche der Operativen Einheit Extremismusbekämpfung), die Fortentwicklung und Etablierung von Task Forces Extremismus (TFE) vor Ort in den Justizvollzugsanstalten sowie die weitere Verstärkung der Zusammenarbeit mit den TFE zur Verbesserung von Abläufen nach einem Lessons Learned-Ansatz, die Unterstützung und den Ausbau frühpräventiver Projekte und Unterstützung der Ausstiegs- und Deradikalisierungsarbeit. Darüber hinaus unterstützt die Koordinierungsstelle sowohl die kriminologische Forschung als auch die Fortbildung der Bediensteten zum Themenbereich Extremismusprävention im Bereich des Justizvollzugs (u. a. in Zusammenarbeit mit der

Bayerischen Justizvollzugsakademie in Straubing) und steht im Austausch mit relevanten nationalen und internationalen Stellen.

Die Weiterentwicklung der Gesamtkonzeption der Extremismusbekämpfung ist eine gemeinsame Aufgabe des für die Extremismusbekämpfung im Justizvollzug zuständigen Referats der Vollzugsabteilung des StMJ und der Koordinierungsstelle.

### Einsatz von Extremismusbekämpfungsbeauftragten

In den bayerischen Justizvollzugsanstalten werden regelmäßig sog. Extremismusbekämpfungsbeauftragte bzw. Ansprechpersonen zur Extremismusbekämpfung eingesetzt. Diese speziell geschulten Bediensteten haben u. a. die Aufgabe, extremistische Rekrutierungs- und Radikalisierungstendenzen zu erkennen, entsprechende Gegenmaßnahmen vor Ort zu unterstützen (bspw. Beobachtung auffälliger Gefangener, Brief- und Besuchsüberwachung) und den Informationsaustausch mit anderen Justizvollzugsanstalten, Sicherheitsbehörden und weiteren Stellen (bspw. Kompetenzzentrum für Deradikalisierung des Bayerischen Landeskriminalamtes, Bewährungshilfe, Ausländerbehörden) zu koordinieren bzw. zu optimieren. Zusätzlich stehen sie in den Justizvollzugsanstalten berufsgruppenübergreifend den Bediensteten als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren zu aktuellen Entwicklungen im Bereich Extremismus zur Verfügung (z. B. im Rahmen von anstaltsinternen Fortbildungen, regelmäßig mit Unterstützung der ZKE).

In Justizvollzugsanstalten, in denen noch keine eigenen (Teil-)Dienstposten für Extremismusbekämpfungsbeauftragte geschaffen werden konnten, übernehmen geeignete Bedienstete diese zusätzliche Aufgabe und stehen als zentrale Ansprechpartner zur Verfügung.

### Ausbau der muslimischen Gefangenenseelsorge

Wesentlicher Bestandteil der Islamismus- bzw. Salafismusprävention ist ferner der Ausbau von Seelsorgeangeboten auf Grundlage des gemäßigten Islams. Dieser Ausbau wird ebenfalls von der Koordinierungsstelle begleitet. Seit 2016 konnte

die muslimische Gefangenenseelsorge u. a. mit Unterstützung der ZKE erfolgreich weiter ausgebaut werden (von insgesamt 34 muslimischen Seelsorgern im Jahr 2016 auf insgesamt 53 muslimische Seelsorger im Jahr 2025). Besonders erfreulich ist dabei, dass der Ausbau mit verbandsunabhängigen Partnern möglich war. Hierzu zählen insbesondere die Muslimische Seelsorge Augsburg (MUSA), Medina e.V. sowie die Alevitische Gemeinde. Darüber hinaus wurde die Seelsorge durch verbandsunabhängige Einzelpersonen intensiviert.

Im Sommer 2019 konnte zudem ein verbandsunabhängiger muslimischer Seelsorger als hauptamtlicher Tarifbeschäftigter bei der Justizvollzugsanstalt Niederschönenfeld angestellt werden, der zusätzlich auch in weiteren Justizvollzugsanstalten tätig ist. Unterstützt wird er seit Herbst 2023 von einem ebenfalls verbandsunabhängigen muslimischen Seelsorger, der bei der Justizvollzugsanstalt München als hauptamtlicher Tarifbeschäftigter tätig ist. Auch er unterstützt weitere Anstalten.

Über die bereits erreichte Steigerung des Seelsorgeangebots für muslimische Gefangene hinaus wird der bayerische Justizvollzug auch weiterhin den Ausbau der muslimischen Seelsorge vorantreiben.

#### Betreuungsangebote zur Bekämpfung von Radikalisierungstendenzen

Darüber hinaus werden Gefangenen weiterhin mithilfe von geeigneten Behandlungs- und Betreuungsangeboten (z. B. schulische und berufliche Ausbildung, Sozialtherapie, Anti-Gewalt-Training, Einzel- und gruppentherapeutische Maßnahmen) Handlungsalternativen und Perspektiven für die Zukunft nach der Haft aufgezeigt, um so einer Beeinflussung und letztlich Rekrutierung durch Extremisten entgegenzuwirken.

Neben diesen therapeutischen Angeboten, die auch und gerade für Gefangene mit extremistischem Hintergrund geeignet sind, werden im bayerischen Justizvollzug verschiedene Programme durchgeführt, die im Speziellen auf eine Behandlung extremistischer Straftäter abzielen

(z. B. Power for Peace e.V., Projekt „Change: Bildungsprogramm für ideologisch gefährdete Jungen und jungen Männer“, KIM – Kurzintervention zur Motivationsförderung). Ein Fokus liegt dabei auf jugendlichen Inhaftierten, da diese in besonderem Maße für extremistisches Gedankengut – gleich welcher Art – anfällig sind. Zusätzlich bestehen, insbesondere auch im Erwachsenenenvollzug, weitere therapeutische Angebote für Gefangene mit extremistischem Hintergrund, darunter Anti-Aggressivitäts-Trainings, Anti-Gewalt-Trainings und Reasoning & Rehabilitations-Programme.



Das Präventionsprojekt „ReStart – Freiheit beginnt im Kopf“, das nun seit 2017 im bayerischen Justizvollzug angeboten wird, konnte erfolgreich in bestehende Behandlungsangebote integriert

werden und richtet sich vor allem an Gefangene mit Migrationshintergrund und/oder Fluchterfahrung. Mit dem Projekt wurden bisher über 4.800 Gefangene erreicht. In eigens für den bayerischen Justizvollzug entwickelten Workshops beschäftigen sich die Gefangenen unter professioneller Anleitung eines speziell geschulten Projektteams der „Mansour-Initiative für Demokratieförderung und Extremismusprävention (MIND Prevention)“ mit geteilten Sozialisierungserfahrungen in patriarchalen Strukturen und anderen bekannten Risikofaktoren für eine Radikalisierung. Dabei setzen sich die Gefangenen mit bestimmten Wertvorstellungen (z. B. patriarchalische Unterdrückung, Gleichberechtigung, Gewalt), Weltbildern (z. B. dualistische Wahrnehmung „wir“ vs. „sie“) und Kommunikationsmustern (z. B. Tabuisierung bestimmter Themen) offen und direkt auseinander. Die Workshops nutzen einen multi-methodischen Ansatz aus Sokratischer Dialog, Geleitetem Entdecken, Peer Education und Kultursensibler Dramaturgischer Pädagogik sowie Elemente der kognitiven Verhaltenstherapie. Kontroverse Inhalte können so „auf Augenhöhe“ zwischen Gleichaltrigen, die teilweise gleiche soziale bzw. kulturelle Hintergründe haben, diskutiert und nachhaltig neue Denkpulse vermittelt werden. Auch wird in vielen Fällen ein Multiplikatoreffekt erzielt, wonach die Teilnehmenden im Nachgang die erarbeiteten Inhalte in ihre jeweiligen Peergroups

tragen und sie so weiterverbreiten. Auf diese Weise werden Gefangene zum kritischen Denken angeleitet und somit gegenüber islamistischen Ideen gestärkt, so dass Radikalisierungsversuchen der Nährboden entzogen wird.

Ferner erfolgt im bayerischen Justizvollzug eine intensive Zusammenarbeit mit den zuständigen außervollzuglichen Stellen und Behörden zur effektiven Gewährleistung einer begleitenden Betreuung nicht nur vor, sondern auch nach der Haftentlassung. Gefangene erhalten auf diese Weise wirksame Angebote für eine gelingende Resozialisierung. Im Sinne einer umfassenden Koordinierung arbeitet der bayerische Justizvollzug hierbei auch eng und frühzeitig mit maßgeblichen Stellen und Organisationen zusammen, die in der Wiedereingliederung nach der Entlassung tätig sind. Hierzu zählen beispielsweise die Kommunen, die Träger der freien Straffälligenhilfe, die Bundesagentur für Arbeit, die Zentralen Beratungsstellen für Straftatlassenenhilfe und die Bewährungshilfe.

Zusätzlich steht der bayerische Justizvollzug in einem regelmäßigen und engen Austausch mit Aussteiger- und Deradikalisierungsprogrammen, wie z. B. dem Kompetenzzentrum für Deradikalisierung beim Bayerischen Landeskriminalamt.

#### **Zentrale Fachstelle für Bewährungshilfe, Gerichtshilfe und Führungsaufsicht Bayern (ZFB)**

In der Bewährungshilfe sind in den Dienststellen bayernweit flächendeckend Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren tätig. Diese verfügen über die relevanten Informationen zum Umgang mit radikalisierten Probandinnen und Probanden und haben Kenntnis über den aktuellen Sachstand bei den Vernetzungspartnern wie z. B. dem Justizvollzug, dem Bayerischen Landeskriminalamt, dem Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz oder dem Verein „Violence Prevention Network gGmbH“. Sie intensivieren die Zusammenarbeit mit dem Netzwerk, mit den für die Arbeit der Bewährungshilfe bedeutenden Partnern. Sie stehen den Kolleginnen und Kollegen für Informationen zur Verfügung und unterstützen bei der Kontaktaufnahme mit dem Netzwerk.

Für einen möglichst nahtlosen Übergang von der Haft in die Freiheit findet zur Vorbereitung der Entlassung und zur Vorbereitung der Ausgestaltung der Führungsaufsicht in der Regel ein Informationsaustausch zwischen den Beteiligten, wie insbesondere der Staatsanwaltschaft, dem aufsichtführenden Gericht, dem Kompetenzzentrum für Deradikalisierung im Bayerischen Landeskriminalamt, dem Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz, dem Justizvollzug und der Bewährungshilfe, statt. Dabei werden insbesondere Erkenntnisse zur Person und dem Umfeld, zum Haftverlauf und den bereits getroffenen Maßnahmen sowie der Entwicklung des Probanden ausgetauscht. Über die örtlich zuständigen Präventionsmanagerinnen und Präventionsmanager der Bayerischen Bewährungshilfe informiert die ZFB ([zfb@olg-m.bayern.de](mailto:zfb@olg-m.bayern.de) oder **089 5597-3917**).

#### **Präventionsangebote des Verfassungsschutzes**

Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz (BayLfV) ist mit seiner Präventionsstelle Islamismus aktiv in der spezifischen Prävention. Hierzu zählen Beratungsgespräche, Vorträge, Workshops und die Schulung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren wie Polizeipersonal, Lehrkräfte, Ausbildungsträger, Fachkräfte im sozialen Bereich, Arbeitgeber und Leitungsangestellte aus der Privatwirtschaft, Personal im Justiz- und Maßregelvollzug, der Bewährungshilfe, der Bezirkskrankenhäuser sowie in Flüchtlingseinrichtungen und von Landratsämtern. Die Maßnahmen des BayLfV zielen primär darauf ab, spezifische Berufsgruppen für islamistische Radikalisierung zu sensibilisieren, ihnen die Angebote des Bayerischen Netzwerks für Prävention und Deradikalisierung gegen Salafismus gezielt zu unterbreiten und Ansprechstellen bei konkretem Beratungsbedarf zu benennen. Zwischen 2016 und April 2025 wurden rund 809 derartige Veranstaltungen durchgeführt und es konnte ein Zielpublikum von ca. 31.000 Teilnehmenden erreicht werden.

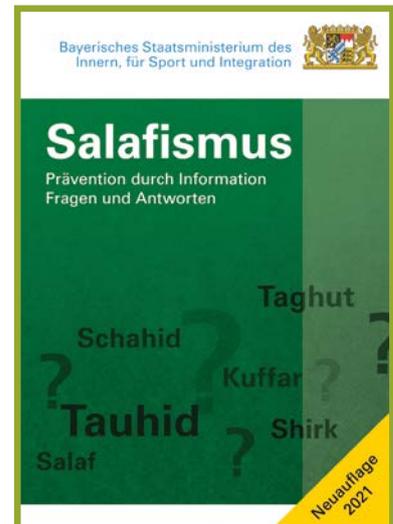
Von Beginn an wurde verstärkt auf eine Zusammenarbeit mit den Bezirksregierungen gesetzt, um eine flächendeckende Beschulung von Fachkräften zu gewährleisten. Zu diesem Zweck werden die Veranstaltungen bayernweit angeboten und entsprechende Schulungen im Bedarfsfall durchgeführt. Seit 2019 berät das BayLfV außerdem örtlich zuständige Jugendämter über das Thema salafistische Sozialisation von Kindern gewaltbereiter Salafisten. Die Kinder gelten dabei als schutzbedürftige Opfer einer möglicherweise ideologisch motivierten Erziehung durch radikalisierte Erziehungsberechtigte. 2021 hat das BayLfV das Präventionsangebot um die Themenfelder „Antisemitismus im Islamismus“, „Auslandsbezogener Extremismus“, „Legalistischer Islamismus“ und „Psychisch Auffällige und Einzelgänger im islamistischen Spektrum“ erweitert. Dies war einerseits eine Reaktion auf aktuelle Ereignisse und Entwicklungen, andererseits eine Anpassung an den Bedarf der Zielgruppen. Seit 2022 ist die Präventionsstelle fester Bestandteil des Ausbildungsprogramms der bayerischen Islamlehrer. Nach dem Überfall der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 wurde das Portfolio noch einmal explizit auf den Nahostkonflikt erweitert, zudem wird seit 2024 ein Vortragsformat zum „identitären Islamismus“ angeboten. Mit einem „Syrien-Update“ beleuchtet die Präventionsstelle präventiv den im Dezember 2024 erfolgten Umsturz in Syrien. Zudem sollen künftig insbesondere auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der bayerischen Geflüchtetenunterkünfte flächendeckend geschult werden.

Neben der sicherheitsbehördlichen Beobachtung und Auswertung verfassungsfeindlicher Aktivitäten im Internet ist das BayLfV auch im Bereich der Aufklärung und Sensibilisierung bezüglich extremistischer Gefahren im Netz aktiv. Die Präventionsstelle bemüht sich in diesem Zusammenhang um eine engere Vernetzung mit der Extremismusforschung. So nahm das BayLfV aktiv an Tagungen teil und konnten ihrerseits Ergebnisse publizieren.

Des Weiteren organisierte das BayLfV gemeinsam mit dem BLKA den Fachtag „Islamismusprävention und Deradikalisierung“ vom 14.-15. Mai 2025 in Erlangen, bei dem unter anderem das EZIRE-Forschungsprojekt „Wechselwirkungen islamistischer Radikalisierung im gesellschaftlichen und politischen Kontext betrachtet“ der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg und das Forschungsprojekt „Geschlechterkonstruktionen zwischen Macht und Stereotypen“ (BLKA) vorgestellt wurden. Die Veranstaltung diente zudem der Vernetzung von Akteuren behördlicher sowie zivilgesellschaftlicher Präventions- und Deradikalisierungsformaten aus ganz Deutschland.



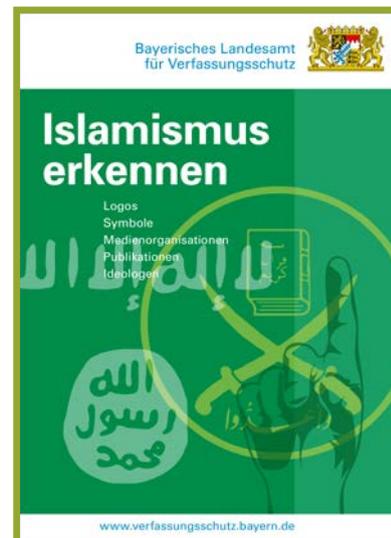
Seit 2017 klären kurze Videos in der Reihe „10 Tipps, wie du dich nicht verarschen lässt“ über die Gefahren von Manipulation und Radikalisierung im Internet und in sozialen Medien auf. Mit dem Kurzfilm „Lass dich nicht verarschen – Dieses Mal von Salafisten“ will das BayLfV dazu beitragen, den aus salafistischer Propaganda erwachsenden Gefahren für den Einzelnen entgegenzuwirken und Nutzerinnen und Nutzern zehn Tipps an die Hand geben, wie sie durch umsichtiges Verhalten vermeiden können, selbst in die Fänge von Salafisten zu geraten. Insbesondere junge Menschen sollen gegen salafistische Anwerbestrategien sensibilisiert werden. Denn junge Menschen bilden die Hauptzielgruppe salafistischer Propaganda und Rekrutierungsaktivitäten. Abrufbar unter [www.verfassungsschutz.bayern.de/meta/video/](http://www.verfassungsschutz.bayern.de/meta/video/)



Die vom Bayerischen Innenministerium in Zusammenarbeit mit dem BayLfV in 2014 veröffentlichte Broschüre „Salafismus – Prävention durch Information“ wurde 2021 inhaltlich komplett überarbeitet und durch neue Inhalte (z. B. Antisemitismus und Verschwörungsmythen im Salafismus) ergänzt. Die Broschüre klärt über den Salafismus und seine verschiedenen Erscheinungsformen auf, benennt Anlaufstellen für Betroffene und will dazu beitragen, Propaganda des Salafismus als solche zu erkennen und die damit verbundenen Gefahren abzuwehren. Die Broschüre ist im offiziellen Broschürenportal der Bayerischen Staatsregierung bestellbar und abrufbar unter [www.bestellen.bayern.de](http://www.bestellen.bayern.de).



Mit dem Flyer „Was tun gegen Islamismus?“ informiert die Präventionsstelle Islamismus des BayLfV über ihre thematisch vielfältigen Sensibilisierungs-, Beratungs- und Fortbildungsformate. Die Präventionsstelle steht an den Standorten München und Nürnberg für Anfragen aus ganz Bayern zur Verfügung. Dem im Zuge der „Coronakrise“ gestiegenen Bedarf an digitalen Angeboten trägt die Präventionsstelle zudem mit verstärkten Online-Präventionsangeboten Rechnung. Abrufbar unter [www.bestellen.bayern.de](http://www.bestellen.bayern.de)



Darüber hinaus stellt die 2023 aktualisierte Broschüre des BayLfV mit dem Titel „Islamismus erkennen“ die wichtigsten Organisationen, Symbole, Publikationen und Akteure des islamistischen Spektrums dar und klärt über deren Hintergründe und Bedeutung auf. Der Schwerpunkt der Darstellung liegt auf Logos, Bildern und Symbolfiguren, die allesamt eine hohe Wirkkraft auf Anhänger islamistischer Gruppierungen entfalten. Zweck der Broschüre ist es, dem Leser eine wichtige Grundkompetenz zum möglichst frühzeitigen Erkennen von Radikalisierungsprozessen und extremistischen Gefahren zu vermitteln. Diese Zusammenstellung ist in Form und Umfang einzigartig in Deutschland und wurde deshalb bereits durch mehrere aktive Akteure der Präventionsarbeit auch außerhalb Bayerns angefordert. Abrufbar unter [www.bestellen.bayern.de](http://www.bestellen.bayern.de)

Das seit 2001 eingerichtete Hinweistelefon für eine zentrale und vertrauliche Aufnahme von Hinweisen zu radikalisierten bzw. sich radikalisierenden Personen wurde ab Herbst 2014 auf das Thema Prävention und ab Anfang 2016 für Beratungsangebote und Hinweisaufnahmen im Bereich der Flüchtlingsarbeit erweitert. Das Hinweistelefon ist unter der Telefonnummer **089 31 20 14 80** oder per E-Mail erreichbar: [islamismuspraevention@lfv.bayern.de](mailto:islamismuspraevention@lfv.bayern.de)

# DERADIKALISIERUNG

Ziel der Deradikalisierungsarbeit ist es, eine Eigen- und Fremdgefährdung zu verhindern, die Abkehr von extremistischem Handeln und Denken zu fördern und eine Stabilisierung der Persönlichkeit zu bewirken. Dabei handelt es sich um ein einzelfall- und personenorientiertes Konzept, in dem individuelle Maßnahmen auf den Einzelfall entwickelt und angewandt werden.

Deradikalisierung ist angezeigt, wenn bei einer Person Radikalisierungsanzeichen erkennbar sind oder aber auch eine Radikalisierungsgefährdung beispielsweise aufgrund verschiedener Umfeldfaktoren vorliegt. Um geeignete Maßnahmen zu entwickeln, bedarf es der Identifizierung geeigneter Interventionsfenster und der Motivation zur Verhaltens- und Einstellungsveränderung des Betroffenen. Neben der direkten Arbeit mit dem Betroffenen ist auch beispielsweise die Beratung des sozialen Umfelds denkbar.

Hierzu bedarf es der

- frühzeitigen Identifizierung von Personen, die sich radikalieren bzw. konkret radikalierungsgefährdet sind,
- Unterstützung von radikalisierten Personen, einen gewalt- und straffreien Weg zu finden (Disengagement),
- Herauslösung dieser Personen aus dem extremistischen Umfeld,
- möglichst vollständigen Abwendung von extremistischen Ideologien.

## Kompetenzzentrum für Deradikalisierung und Risikoanalyse im Bayerischen Landeskriminalamt

Im Rahmen von Bayerns Netzwerk für Prävention und Deradikalisierung wurde zum 1. September 2015 im Bayerischen Landeskriminalamt (BLKA) das damalige „Kompetenzzentrum für Deradikalisierung“ eingerichtet.

Das Kompetenzzentrum im BLKA ist in Fragen der Deradikalisierung vor allem Ansprechpartner für Behörden in Bayern und arbeitet eng mit anderen Sicherheitsbehörden, der Justiz sowie zahlreichen weiteren Akteuren zusammen. Es betreibt hierbei eine eigene Hotline (**089 12 12 1999**), die inzwischen zunehmend genutzt wird. Darüber hinaus nimmt es strukturierte Analysen und Bewertungen von gemeldeten Sachverhalten zur Prüfung geeigneter Interventionsmaßnahmen sowie sicherheitsrelevanter Aspekte vor. Zudem finden fallbezogene Beratungen von thematisch betroffenen Personenkreisen, z. B. Flüchtlingshelferinnen und -helfern, statt. Bei Deradikalisierungsfällen mit Sicherheitsrelevanz nimmt das Kompetenzzentrum die koordinierende Rolle ein und setzt Impulse für ggf. erforderliche weitere Maßnahmen.

Durch die multiprofessionelle und interdisziplinäre Aufstellung des Kompetenzzentrums können für den jeweiligen Einzelfall passgenaue Maßnahmenpakete entwickelt werden. Hierbei werden vor allem die Vorteile eines kombinierten Ansatzes von polizeilichem Fachwissen, ergänzt durch die Expertise aus den Bereichen Psychologie, Islamwissenschaften und sozialpädagogischen Erfahrungen deutlich.



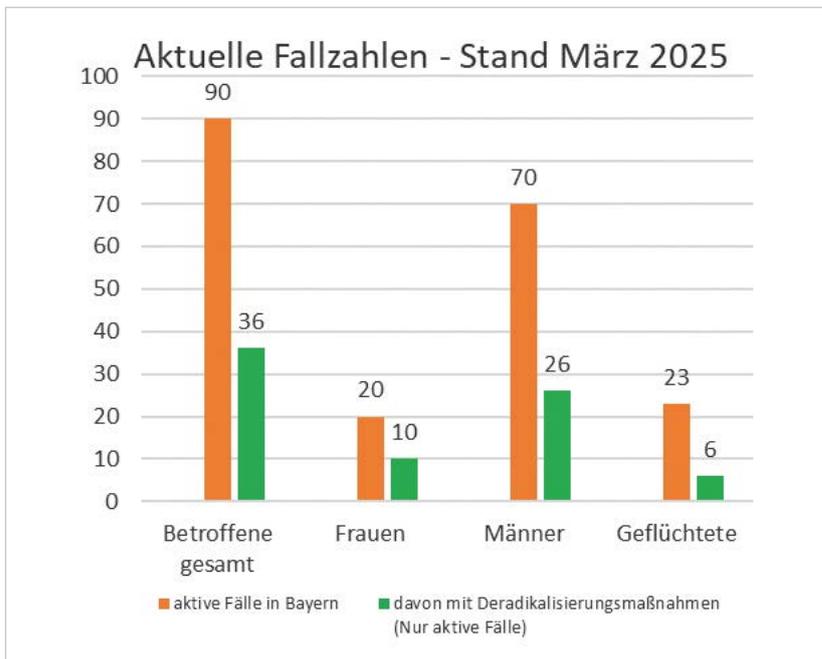
Darüber hinaus wurde bei jedem Polizeipräsidium ein „dezentraler Beamter“ für das Themenfeld Deradikalisierung benannt. Ziel dieser dezentralen Beamten für Deradikalisierung ist insbesondere die frühzeitige Identifizierung sog. sicherheitsrelevanter Sachverhalte. Resultierend aus den Erfahrungen wurde vor allem deutlich, dass je früher geeignete Maßnahmen eingeleitet werden, eine umso höhere Erfolgsquote erzielt werden kann.

Neben der Öffentlichkeitsarbeit, die im Rahmen von Bayerns Netzwerk für Prävention und Deradikalisierung gegen Salafismus umgesetzt wird, ist das Kompetenzzentrum für die polizeiinterne Aus- und Fortbildung zur Thematik verantwortlich. Weiterhin werden durch das Kompetenzzentrum anlassbezogen vertrauensbildende Maßnahmen mit muslimischen Einrichtungen im Zusammenhang mit Deradikalisierung koordiniert und im Einzelfall unterstützt.

Angesichts der besonderen Herausforderungen hat sich das Kompetenzzentrum seit seinem Bestehen konsequent fachlich und konzeptionell weiterentwickelt. Hierzu zählen vor allem die Radikalisierung von jungen Menschen, Flüchtlingen und JVA-Insassen sowie der Umgang mit Rückkehrer-sachverhalten aus Kriegs- und Krisengebieten. Insbesondere für die zuvor genannten Gruppen wurden spezielle Handlungsstrategien und Kompetenzen entwickelt. Besonderes Augenmerk legt das Mitarbeiterteam des Kompetenzzentrums auf die frühzeitige Einbindung von vorhandenen Regelstrukturen und die abgestimmte Koordination der eingeleiteten Maßnahmen in sicherheitsrelevanten Fällen.

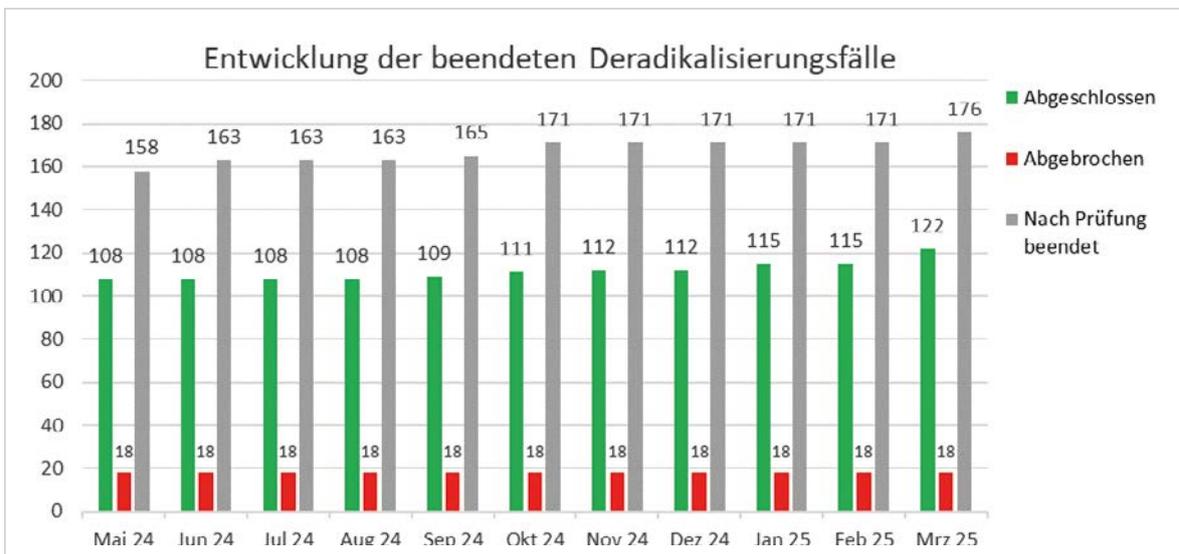
Angesichts der inzwischen gesammelten Erfahrungen, Erkenntnissen und Daten initiiert und unterstützt das Kompetenzzentrum die wissenschaftliche Begleitung bzw. hat bereits eigene Forschungsprojekte abgeschlossen, z. B. zum Themenfeld genderspezifische Aspekte bei Radikalisierung und Deradikalisierung.

Aktuelle Fallzahlen im BLKA/KomZ (Stand: März 2025)



Das Schaubild zeigt die im Kompetenzzentrum bearbeiteten sicherheitsrelevanten Fälle (Balken „orange“) sowie die sicherheitsrelevanten Sachverhalte, in denen deradikalisierende Maßnahmen eingeleitet sind und koordiniert werden (Balken „grün“).

Entwicklung der beendeten Deradikalisierungsfälle



Das Schaubild zeigt die im Kompetenzzentrum erfolgreich abgeschlossenen Fälle (grüner Balken; Anmerkung: Als „abgeschlossen“ werden ausschließlich Sachverhalte definiert, in denen eine nachhaltige Abwendung vom Extremismus festgestellt worden ist), die abgebrochenen Fälle (z. B. der Betroffene lehnt weitere Beratung ab – roter Balken) sowie die nach Prüfung beendeten Fälle (z. B. keine Radikalisierung erkennbar oder kein Zugang möglich – grauer Balken).

## Beratungsstelle VPN



Das Kompetenzzentrum für Deradikalisierung und Risikoanalyse im BLKA kooperiert im Bereich der Deradikalisierung mit dem zivilgesellschaftlichen Träger „Violence Prevention Network gGmbH“ (VPN). Dieser betreibt eine Beratungsstelle in Bayern, die mit dem Kompetenzzentrum für Deradikalisierung und Risikoanalyse zusammenarbeitet und allen Bürgerinnen und Bürgern als Ansprechstelle für Fragen der Deradikalisierung zur Verfügung steht. VPN bietet neben der Beratung von Angehörigen auch Beratungsmaßnahmen und Ausstiegsprogramme für radikalierungsgefährdete und bereits radikalisierte Personen an.

Zu den Angeboten gehören:

- Beratung für Angehörige
- Beratung, Begleitung und Training für radikalierungsgefährdete junge Menschen, bevor sie straffällig werden
- Schlichtende Maßnahmen in Fällen einer beginnenden Radikalisierung (intervenierende Maßnahmen)
- Ausstiegsbegleitung: Beratung und Dialog mit Radikalisierten, Ausreisewilligen und Rückkehrerinnen und Rückkehrern (z. B. aus Syrien)

## Deradikalisierung im Justizvollzug

Islamisten bzw. Salafisten versuchen gezielt, im Gefängnis potenzielle Kandidaten für ihre extremistische Ideologie und den Jihad anzuwerben. Dieses Phänomen ist nicht neu. Schon in der Vergangenheit wurden daher im bayerischen Justizvollzug umfassende Maßnahmen ergriffen, um eventuelle Radikalisierungstendenzen von Gefangenen rechtzeitig zu erkennen und diesen möglichst wirksam zu begegnen.

Die Zentrale Koordinierungsstelle für Maßnahmen gegen Extremismus im Justizvollzug steht als direkte Ansprechstelle betroffenen Justizvollzugsanstalten zur Verfügung, um diese im Umgang mit islamistischen Verdachtsfällen zu begleiten und darüber hinaus bei der Koordination des Informationsaustausches zu unterstützen. Zusammen mit dem Kompetenzzentrum für Deradikalisierung und dem zivilgesellschaftlichen Partner VPN wird geprüft, ob bzw. wie eine Intervention oder Deradikalisierung des betroffenen Gefangenen erfolgen kann und welche speziellen Behandlungs- und Betreuungsangebote des bayerischen Justizvollzugs solche Maßnahmen zur Deradikalisierung unterstützen können.

VPN unterstützt radikalisierte bzw. gefährdete Insassen mit dem Anti-Gewalt- und Kompetenztraining AKT® und durch Angebote zur Ausstiegsbegleitung.

Die Koordination der Deradikalisierungsmaßnahmen der im Justizvollzug identifizierten Radikalisierungssachverhalte übernimmt ebenfalls das Kompetenzzentrum für Deradikalisierung.

Das Bayerische Netzwerk für Prävention und Deradikalisierung  
gegen Salafismus im Internet unter:

**[www.antworten-auf-salafismus.de](http://www.antworten-auf-salafismus.de)**



**BAYERN | DIREKT** ist Ihr direkter Draht zur Bayerischen Staatsregierung.

Unter Telefon **089 12 22 20** oder per E-Mail unter **direkt@bayern.de** erhalten Sie Informationsmaterial und Broschüren, Auskunft zu aktuellen Themen und Internetquellen sowie Hinweise zu Behörden, zuständigen Stellen und Ansprechpartnern bei der Bayerischen Staatsregierung.

---

#### IMPRESSUM

Herausgeber: Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration  
Odeonsplatz 3 | 80539 München

Bayerisches Staatsministerium der Justiz  
Justizpalast am Karlsplatz  
Prielmayrstraße 7 | 80335 München

Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus  
Salvatorstraße 2 | 80335 München

Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales  
Winzererstraße 9 | 80797 München

Bildnachweis: trio-group münchen GmbH

Gedruckt auf: Umweltzertifiziertem Papier (FSC, PEFC oder vergleichbares Zertifikat)

Gestaltung: CMS – Cross Media Solutions GmbH, aktualisiert durch IKW team GmbH, München

Stand: Mai 2025

Artikelnummer 03200058

---

#### HINWEIS

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Bayerischen Staatsregierung herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern im Zeitraum von fünf Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Dies gilt für Landtags-, Bundestags-, Kommunal- und Europawahlen. Missbräuchlich ist während dieser Zeit insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Staatsregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.

Die Druckschrift wurde mit großer Sorgfalt zusammengestellt. Gewähr für die Richtigkeit und Vollständigkeit des Inhalts kann dessen ungeachtet nicht übernommen werden.

Aus Gründen der leichten Lesbarkeit wurde auf die gleichzeitige Verwendung der männlichen und weiblichen Personenbezeichnung verzichtet. Die Verwendung der männlichen Form schließt die weibliche Form mit ein.

**[www.antworten-auf-salafismus.de](http://www.antworten-auf-salafismus.de)**